





Belhmel als von England gepachteter Punkt vom Standpunkt des internationalen Rechts in militärischer Hinsicht als unter der Kontrolle Englands stehend betrachtet werden müsse. Jedoch erweise es sich, daß sich dieser Punkt in eine japanische Operationsbasis verwandelt habe. In dem England Belhmel dem Japanern übergeben habe, die Grundabmachungen der Neutralität verletzt. Aus dieser Tatsache folge, daß Belhmel nunmehr als Teil des japanischen Territoriums zu betrachten sei, daß England das Recht erlangt habe, an der Verletzung eventueller Trassen über das weitere Schicksal Belhmel teilzunehmen, und daß Russland berechtigt sei, von England Entschädigung für die direkten Verluste zu verlangen, welche es durch die Umwandlung des eigentlichen Belhmel in eine japanische Operationsbasis erlitten habe. In dem anderen Botschaftsfall mit Alabama sei England unbedingt für schuldig erkannt worden.

### Kriegsmeldungen.

Die Russen und Japaner in Peking haben sich vereinigt. Nach der Meldung „Allg. Anz.“ haben die beiden Kommandanten der russischen und der japanischen Gesandtschaften in Peking sich verständigt, daß sie sich gegenseitig als nicht im Kriegszustand befindlich betrachten wollten.

Nach Abbruch der diplomatischen Verhandlungen haben die jetzt amtlich bekannt gegeben wird, die Vereinigten Staaten den Schutz der japanischen Interessen in Russland, Frankreich den Schutz der russischen Interessen in Japan übernommen.

Ueber die Wegnahme russischer Handelschiffe ist in Japan eine förmliche Verordnung am Dienstag erlassen worden. Danach sind von der Verfolgung der japanischen Handelschiffe die bis 16. Februar Japan verlassen, sowie solche, die bis zum selben Tage aus einem nicht-japanischen Hafen in dieser Fahrt nach Japan auslaufen, Japan nach Peking zurückzuführen und die ihnen angewiesene Rückfahrt einhalten. Vorausbedingung ist, daß die Schiffe nicht verbotene Einfuhrgegenstände oder Kriegskontrollgegenstände führen.

Die Beschädigungen des „Resarewitsch.“ Der „Agence Havas“ wird gemeldet, der „Resarewitsch“ sei weniger beschädigt als zuerst angenommen worden sei. Die Reparatur der beim Steueruder gelegenen Schotten werde nur wenige Tage in Anspruch nehmen.

Gegen die Vollstimmigen in Frankreich. Die nationalsozialistische Presse veröffentlicht scharfe Angriffe gegen die sozialistischen Deputierten, die angeblich in den Verhandlungen der Kammer über russische Angelegenheiten die Interessen der Fremde über die der eigenen Nation über dem obern haben. Jährlich beabsichtigt, was der beruhigenden Erklärungen des Ministerpräsidenten über die Haltung Frankreichs im russisch-japanischen Konflikt eine Debatte hervorzurufen, um in der Kammer eine unangenehme Angelegenheit zu veranlassen, durch die eine Intervention, welche Ereignisse auch immer eintreten mögen, entschieden zurückgewiesen werden könne.

Der päpstliche Nuntius in Paris hat vom japanischen Gesandten die Versicherung erhalten, daß die Christen in Japan sich nicht zu bekümmern hätten und die katholischen Interessen gewahrt werden würden.

### Wie in Russland das Volk eingewickelt wird.

Eine russische Telegrammen-Agentur meldet: Auf den Straßen der Stadt Peking veranfaßten Volksmassen einen Abend bis in die frühe Nacht patriotische Kundgebungen. Die Menge verlangte, daß auf dem Palast des Stadtherrn ein Bildnis des Kaisers aufgestellt werde, und beging die Schandthat, als dem Wunsch nachzugeben war, mit unbeschreiblicher Heftigkeit. Offiziere wurden in die Höhe gehoben und auf Händen getragen. Voran schritten Leute mit Flaggen in den Nationalfarben. Vor dem französischen Konsulate fanden russische Demonstrationen statt. Die Märsche spielten abwechselnd die russische Nationalhymne und die Marschälle. Die Haltung der Menge war tabellarisch. Wie sich in Leningrad gebietet!

### Eine weitere Russentelegramme.

Einem Telegramm zufolge wird aus Wladivostok berichtet, die Japaner hätten am Verlust eine völlige Niederlage erlitten; auch sollen die Russen Tschernowob besetzt haben. Man schenkt dieser Nachricht wenig Glauben, denn sie kommt aus derselben Quelle wie oben.

### Aus Russisch-Polen.

Die feierhaften Kriegsvorbereitungen der russischen Regierung waren selbst in Russisch-Polen schon lange bemerkbar. Schon vor einem Monat wurden aus jeder Nothe für 8 Freiwillige, d. h. aus jedem Regiment 128 Freiwillige für den Kriegsdienst im Osten heraufgemustert, jetzt wieder 64 Freiwillige aus jedem Regiment. Somit hat man die in Russisch-Polen stationierten Regimenter um ein Sechstel vermindert.

Anlässlich des 18. Geburtstages der Ermordung der Mitglieder der sozialrevolutionären Partei „Proletariat“, der Genossen Kuniak, Barabowski, Ossowski, Pietrusinski durch das Zar hat das Zentral-Arbeiterkomitee der polnischen sozialistischen Partei ein Flugblatt herausgegeben, das in Tausenden von Exemplaren im ganzen Lande verbreitet wurde.

Der Aufstand weist auf die künftigen Fortschritte des Sozialismus in Russisch-Polen hin und stellt als Vorbilder die Nationalhelden hin, die fürs Vaterland starben.

Die Agitation der Partei unter der Landbevölkerung macht künftige Fortschritte. Die vertraulichen Erlasse, welche die Aufmerksamkeit der anderen Behörden hierauf ziehen, mehren sich ständig.

In Warschau fanden im Januar unter dem jüdischen Arbeitern zahlreiche Verhaftungen statt. Festgenommen wurde auch eine ziemlich stark besetzte jüdische Arbeiter-Versammlung.

Die Genossen Gryniewski, Lewandowski, Pietka und Bogowski erhielten ihr Urteil, das auf je fünf Jahre Ostrakismus lautet.

Inzwischen ist aus Lemberg folgendes Telegramm eingetroffen: Nach Meldung des Stowo polski ist in mehreren polnischen Russisch-Polen eine Bewegung im Gange, während der Wirren in Ostasien die Bevölkerung zur Erhebung anzuregen.

Wir empfehlen unseren Lesern, die heute in der Beilage folgende Karte des Kriegs-Hauptlagers auszusuchen und aufzugeben, da dieselbe noch oft gute Dienste leisten wird.

### Der Reichstag

Aus Donnerstag diese Woche zur Reichstags-Verhandlung in der zweiten Sitzung an.

Die Fortsetzung der Debatte über den Etat des Reichsamts des Innern sollte zum Abbruch des Reichsparlamentarismus

da der Etat des Reichsamts an die Budgetkommissionen gewiesen wurde. In der Kritik, zu der wir im Interesse der Versicherten Jahre um Jahr geblieben sind, stellen sich diesmal Genosse Wolfenbützel und der von ihm in den Reichstag gewählte Berliner Arbeiterführer Genosse Rörcken, der Kandidat-Greifshagen den Konservativen abgenommen hat. Wolfenbützel verteidigte die Aufsammlung eines Reservefonds gegen die eigensichtige Kritik der Berufsvereinigungen und trat für das Kapitaldeckungsverfahren ein. Genosse Rörcken beleuchtete die Rechtsprechung des Reichsgerichts unangenehm, und gelangte zu einer Reihe von Forderungen, wie sich die Entscheidungen eines besagten Mangel sozialer Erkenntnis und sozialer Gefühl verrieten. Außerdem wies er auf die Abhängigkeit der Vertrauenskrise von den Berufsvereinigungen und auf die Benachteiligung der Vertretung der Arbeiter gegenüber den Unternehmervertretern bei den Spruchkörperungen hin.

### Politische Uebersicht.

Ein Dokument aus Preußen. Ein deutscher Staatsanwalt teilte, wie der allgemeine sibirische Arbeiterbund in Ullanen, Polen und Russland mittelst, den Polizeilagenten einer russischen Grenzstadt ein Personenverzeichnis mit, die des Transports illegaler Schriften nach Russland verdächtig und zur Verantwortlichkeit gezogen worden sind.

Die Schriften sendeten zur Grenze, nach Ansehen des Staatsanwalts folgende Personen: 1. Stahl (oder Stibits), Student der Bergakademie in Freiberg, wohnte in der letzten Zeit in Genf; 2. Weismann aus England; 3. Argelod aus der Schweiz; 4. der Hauptmann Herr Vogel, Redakteur des „Vorwärts“, lebt in Berlin, Lindenstraße 69.

Unmittelbar transportierten illegale Schriften folgende Personen: 1. Max Romagroski aus Königsberg, Preußen; 2. Hermann Trellan, Uhrmachermeister; 3. Otto Braun, Kassierer der Krankenkassen; 4. August Regel aus Memel (seine Frau wurde im Jahre 1902 in derselben Angelegenheit in Russland verhaftet); 5. Frau Klein aus Kiewel, Arbeiter.

Nicht verhaftet, nur zur Verantwortung gezogen wurden: 1. Ein Onkel aus Stettin; 2. Ehrenfort aus Charlottenburg; 3. Ernst Weber aus Charlottenburg; 4. Martin Kell aus Böhmen (er hatte teils an, daß er die Schriften für Geld transportierte und hat folgende Personen, Einwohner des russischen Städtchens Awenzen bei Kiewingen: Die Brüder Karris, Kaskur, Kinn und Waslud, verurteilt. Sie wurden nach seinen Auslassungen verhaftet; 5. Ferdinand Hertius aus Tilsit, Schuhmachermeister, Mitglied der deutschen Sozialdemokratie. Die Namen der Personen, die ihn besuchten, sind ihm unbekannt. Alle Personen sind nach § 128 des St. des deutschen Strafprozesses angeklagt.

Zum Schluß hat der Staatsanwalt ihm die Namen der Personen, welche von der russischen Regierung des Transports illegaler Schriften verdächtig sind, zu nennen.

### Die Einigkeit mit dem Zarenreich!

Wilow und die Junker. Bei dem Festmahl des deutschen Landwirtschaftsrats hielt Graf Wilow, in Erwiderung einer Begrüßungsansprache, eine längere Rede:

Rebner tritt der Klage entgegen, daß die neuen Handelsverträge dem Reichstage noch nicht vorgelegt seien und legt die Schritte dar, die getan seien, um auf Grundlage des neuen Zolltarifs den Abschluß neuer Handelsverträge mit dem Auslande vorzubereiten. Rebner tritt mit, daß die Reichsregierung nach Vereinbarung der muerlässlichen Vorarbeiten sofort in die diplomatischen Verhandlungen eingetreten sei, zunächst mit Russland, dann mit der Schweiz, mit Italien, Belgien, Rumänien, Oesterreich-Ungarn. Ueber den Stand der Verhandlungen könnten natürlich hier keine Mitteilungen gemacht werden, auch lasse sich noch nicht angeben, wann die neuen Handelsverträge dem Reichstage vorgelegt werden können. Die Handelsverträge, wenigstens die wichtigsten, hängen untereinander engstens zusammen, und es sei deshalb nicht wahrscheinlich, daß einer der neuen Handelsverträge abgeschlossen werden könne, bevor nicht auch die anderen Verhandlungen wenigstens im wesentlichen beendet seien. Die Verbindlichen Verhandlungen haben aber den ersten Willen, den neuen Zolltarif sobald als möglich in Kraft treten zu lassen. Der Reichstagler rechtlich ist, daß die bestehenden Handelsverträge bisher nicht gekündigt worden sind, schildert die Gefahr eines vertragslosen Zustandes und sagt: Erfüllen sich die Erwartungen der Verbündeten Regierungen, verlaufen die Vertragsverhandlungen nach Wunsch, und schließen sich die neuen Verträge unmittelbar an die bestehenden an, so wird eine Kündigung überhand nicht erfolgen; andernfalls würden die Verbündeten Regierungen mit dem Bewußtsein zur Rückgängigkeit streiten, daß die nachteiligen Folgen nicht Deutschland allein und nicht einmal vorzugsweise Deutschland treffen würden. (Beifalles Bravo!) Die Interessen der Landwirtschaft werden beim Abschluß der Handelsverträge energisch wahrgenommen werden. (Beifall.) Fremde und einseitige Gegenstände reinigen sich zum Ausflur gegen weisse fogenannte ararische Pestil; ich betrachte diese Zeichnung aber als Ehrenittel für mich. Wilow schloß mit einem Hoch auf die deutsche Landwirtschaft. (Allseitiger, lebhafter Beifall.)

Der geschneigte Kanzler hat sich nunmehr bei den Junkern wieder eingehoben, er kommt mit allen Richtungen aus, Agrariern und Industriellen, Bauern und Latifundienbesitzern, Unternehmern und Arbeitern, mit Russen und Japanern. Dafür haben wir auch den Allerpöbelkanzler.

Der Aufstand der Pereros. Der Kommandeur des Sebatillons, Major Glasenapp, telegraphiert aus Smalopomund, daß, einem Gerücht zufolge, ein Teil der Pereros bei Waterberg stehe, ein anderer Teil sich bei Sobabis verschanzt habe, der das Abtreiben des Viehs nach Betschuanaland bedee.

Major Storff wird sich morgen früh mit der Kompanie Goring und 2 Geschützen, zunächst mit der Eisenbahn nach Dwarren-Duljo in Marsch setzen, um die besser berittene Kompanie Franke gegen Waterberg verfügbar zu machen. Mit dem Rest der Expedition unter meiner Führung wird über Windhoek gegen Sobabis vorgegangen werden, und zwar wird eine Kompanie, zwei Geschütze und eine Sprengladung morgen früh mit der Eisenbahn nach Windhoek fahren und der Rest am 11. d. Mts. nachfolgen. Leutnant Binler mit dem Abblümskorps befindet sich in Windhoek. Gouverneur Lentwein trifft hier mit dem 12. Landungskorps des „Gabiht“ ein und bleibt zum Schutz der Eisenbahn an Land.

Im Kampf mit Eingeborenen ist in Kamerun bei Basso der „Nordb. Allg. Ztg.“ zufolge nach einer telegraphischen Meldung des Gouverneurs der Leiter der Station Offizier, Graf Pädler, gefallen. Eine Strafexpedition befindet sich unterwegs. Weitere Einzelheiten sind noch nicht bekannt. Wahrscheinlich ist, so schreibt die „Nordb. Allg. Ztg.“, Graf Pädler gelegentlich einer Expeditionskreise in die noch wenig bekannten Teile seines Bezirks in Streitigkeiten mit dem der deutschen Herrschaft noch nicht unterworfenen Stamme der Anjangs geraten, in deren Gebiete Basso gelegen ist.

Eine starke Gährung macht sich, wie der „Magdeb. Ztg.“ berichtet wird, nach in Berlin eingetroffenen Nachrichten unter den Eingeborenen in Deutsch-Ostafrika und Kamerun bemerkbar.

Die Verhandlungen über die Prüfung der Wahl des Abgeordneten Dr. Braun im vierten Wahlkreise des Regierungsbezirks Frankfurt a. O. (Stadt Frankfurt a. O.-Lebus) dürften im Plenum noch recht lebhaft werden. Soeben haben die sozialdemokratischen Mitglieder der Wahlprüfungskommission Fischer (Berlin), Geier, Goldstein ergänzende Mitteilungen zum Bericht der Kommission an alle Mitglieder des Reichstags gedruckt verteilen lassen.

Darin wird dargelegt, daß der Protest gegen die Wahl des Dr. Braun in wichtigen Punkten irreführend sei und entscheidende Tatsachen verschwiegen hätte. Das Flugblatt, das der Regierungspräsident von Windheim, Vordrat von der Marwitz und andere Beamten zu Gunsten des konservativen Kandidaten Felisch unterzeichnet hätten, sei in Wirklichkeit nicht gegen die Kandidatur des nationalliberalen Kandidaten Geheimen Regierungsrat Schwabach gerichtet gewesen, weil seine Ausstellung erst einen Monat später und zwar am 26. Februar, erfolgte. Felisch sei damals noch — so wird zu beweisen versucht — der Kompromisskandidat der Konservativen und Nationalliberalen gewesen. Nach Ausstellung des Kandidaten Schwabach hätten der Regierungspräsident v. Windheim und Vordrat v. d. Marwitz ihre für Herrn Felisch gegebenen Unterschriften zurückgezogen. Diese Zurückziehung hätte aber auf die Wähler als eine Kundgebung gerade gegen Felisch und für Schwabach wirken müssen. Tatsächlich seien ja auch die konservativen Stimmen im Jahre 1903, verfallen mit denen des Jahres 1898, von 8470 auf 6268 zurückgegangen, und die Stimmen der Liberalen seien von 6479 auf 7026 gestiegen. Der Protest habe so den Reichstag irreführend gemacht. Der Protest verschweige aber auch Entscheidungen, da er unterläßt, daß auch zu Gunsten von Schwabach amtliche Wahlbeeinflussung gelte; mehrere Wahlaufreife in Gunsten Schwabachs seien von dem mit Polizeigewalt ansgerichteten Felisch Parteimeister Heidler in Krefeld und dem Vorkandidatpräsidenten Wathis unter Beistand ihres Amtschreibers veröffentlicht worden. Endlich stehe aber auch die Entscheidung der Wahlprüfungskommission in Widerspruch mit der bisher vom Reichstag beschlossenen Praxis. Wegen Wahlbeeinflussung sei nur dann bisher eine Wahl annulliert worden, wenn diese Beeinflussung zu Gunsten des Gewählten gelte; die Interessanten erlangen deshalb die Aufhebung des Kommissionsbeschlusses. In der Anlage sind die Wahlaufreife abgedruckt.

Wir sind neugierig, ob das Plenum sich nach Kenntnisnahme der obigen Tatsache dem Antrage der Wahlprüfungskommission auf Kassierung der Braun'schen Wahl anschließt.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat beschlossen, zum Militär-Etat eine Resolution einzubringen, wonach allmonatlich die wegen Soldatenmishandlungen kriegsgerichtlich ausgesprochenen Verurteilungen den Offizieren und Mannschaften zur Kenntnis gebracht werden; ferner sollen bei dieser Gelegenheit die Mannschaften regelmäßig auf ihr Verhalten ermahnt werden, endlich sollen die wegen Mißhandlung ihrer Untergebenen kriegsgerichtlich verurteilten Offiziere aus der Armee bzw. Marine entlassen werden.

Der Entwurf des bayerischen Landtags-Wahlgesetzes soll, wie aus München gemeldet wird, Mitte der nächsten Woche im Plenum der Abgeordnetenkammer zur Beratung kommen.

Bei der Landtags-Session in Thüringen-Schroda an Stelle des verstorbenen Abgeordneten v. Glebocki wurde am Donnerstag der radikal-polnische Reichstagsabgeordnete Redakteur Korfanty in Kattowitz mit 138 von 428 abgegebenen Stimmen gewählt. Der konservativere Gegenkandidat v. Günther, Landtagsrat in Graybno erhielt 91 Stimmen.

Knappschäftsvereine. Zum Etat der Bergverwaltung hat die freisinnige Volkspartei im Abgeordnetenhaus einen Antrag eingebracht, der um Vorklage eines Gegenwurfs noch in dieser Session erlischt, durch den die veralteten Bestimmungen über die Knappschäftsvereine mit der Reichsgesetzgebung auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung in Einklang gebracht werden.

### Ausland.

Aus Russland wird uns berichtet: Romel. Der Mangel einer freien Tribüne für das revolutionäre Leben in Russland macht sich stark fühlbar und so hat das hiesige Komitee des Bundes der Herausgabe einer periodisch erscheinenden Korrespondenz „Nachrichten aus Russland“ unternommen. Während der letzten 6 Wochen sind 4 Nummern erschienen (jede Nummer 1000—2000 Exemplare). Das Erscheinen einer jeden Nummer wird sowohl von Seiten der Arbeiterklasse als auch der Gesellschaft mit großer Ungeduld erwartet. Zugleich erschien ein Anruf „Das Gericht in Tätigkeit“ (1100 Exemplare), dessen Inhalt sich auf das empörende Verhalten der Behörden bei der Untersuchung in Sachen des jüdischen Krawalls bezieht. Ununterbrochen wird die Verhaftung von Juden fortgesetzt, die der Anteilnahme an der Selbstverteidigung beschuldigt werden.

Sozialistenhege in Ungarn. Der Erlass des Grafen Tisza, der seine Beamten anwies, die Sozialisten scharf zu überwachen u. s. w., hat seine Wirkung getan. Aus ganz Ungarn wird über Verfolgungen der Sozialdemokraten, Verhaftungen, Verbote, Ausweisungen von Agitatoren u. s. w. berichtet. Die sozialistische Parteileitung hat für den nächsten Sonntag Verfassungen einberufen, in denen gegen die Unterdrückung der Versammlungsfreiheit durch die Regierung protestiert werden soll. Bisher sind mehr als 250 solcher Protestversammlungen angemeldet.

### Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 12. Februar.

### Breslauer Stadtverordneten-Versammlung.

Die gestrige Sitzung begann mit einem Ordnungsruf, den der Vorsteher nachträglich dem Stadtverordneten Stein für das Wort „Unverschämtheit“ erteilte, welches der Betroffene in voriger Sitzung dem Stadtrat Nive zugerufen hatte.

Dann kam der Etat zur Beratung. Zunächst ersattierte der Oberbürgermeister den nach der Städteordnung vorgeschriebenen Verwaltungsbericht. Wir behalten uns vor, den Etat, auf den dieser Bericht mehrfach Bezug nimmt, der uns aber erst sehr spät zugegangen ist, noch des Näheren zu besprechen.

Oberbürgermeister Bender führte unter anderem aus:

Das Vorjahr habe einen Ueberschuß von 250,000 Mark ergeben. Seit 1892 habe sich der Bau neuer Schulklassen um 80 Prozent erhöht. Die Kosten der Vorbildungsschule machen jetzt schon 5 Prozent aus. Wenn man die Steigerung durch den Ausbau dieser Schule, wie der Baugewerkschule in Rücklicht stehe, so werde man auf 10 Prozent der Einkommenssteuer kommen. Erforderlich sei es, daß die Handwerker diese Ausgaben wüßigen. Die polizeilichen Ausgaben erforderten 60,000 Mk. mehr, die Marktverwaltung werde weniger als veranschlagt beanspruchen. Mit der Kanalkassation von Scheinung soll vorgegangen werden, obgleich man über die Verwertung der Fällnisse noch nicht im Klaren sei. Die Ausführung dieses Projektes sei aber sehr teuer. Bei der Bauverwaltung sei eine Mehrausgabe von



97 (10) Markt zu erwarten. Das radillige Grundbesitzum  
um 77,000 Mark weniger, während der Umdan  
der alten Besse 33,000 Mark mehr erfordert habe. Der  
Verantwortliche für die Besse, wie immer, große  
Reparaturarbeiten verlangt. Die Betriebswerke haben ein  
wenig erhöhtes Bild. Bei den Steuern sei ein Anstieg  
von 70,000 Mark zu erwarten. Das Sanatorium sei  
eröffnet. Der Betriebsfonds erhalte 1,605,000 Mark. Mit dem  
Verkauf von Terrain auf den Teichhöfen habe man angefangen, bis  
der Umbau des Bahnhofs fertig sein werde. Nominell sind gegen  
wärtig 67 Millionen Schulden vorhanden. Der Bedarf weist  
darauf hin, welche Bauten und Anlagen aus Anleihenmitteln be-  
gründet werden. Was den Hochwasser Schaden anlangt, so be-  
traue derselbe im Preis 470,000 Mark. Die größte Gefahr sei  
dadurch bedingt worden, daß die alte Ober- und untere Regulierung  
der oberen Oder in ihrer Leistungsfähigkeit um 80 Prozent ange-  
nommen habe. Trotzdem blieben die Hochwassergefahren bestehen.  
Es müsse der Stadt das Recht des Hochwassers durch  
den Bau von Deichen zugesichert werden. Was  
die Brückenbauten anlangt, so habe der Staat an seiner  
Forderung fest, daß durch die neuen Brücken das Interesse der  
Schifffahrt nicht leide. Dies erfordere die Umarbeitung der Brücken-  
projekte. Wenn aber die Universitätsbrücke höher gebaut  
werden sollte, würde man nicht durch das Kollektor kommen. Neue  
Anlagen würden die Stromregulierungen, der Bau von  
Markthallen, die Eingemeindungen erfordern. Eine  
neue Anlage bränge sich immer mehr heran, nämlich der Bau eines  
Bekleidungsbaus. Man könne bei diesen Anlässen etwas  
erspart werden, namentlich wenn man an die Aufhebung der  
Schlachthaus denke. Das Waschen der Gemeindegüter  
steuern liege in der Befähigung der Herren und in der Ver-  
wendung von Kapitalanlagen. Es sei zu hoffen, daß mit der  
Zeit auch eine Besserung der kommunalen Finanzen eintreten  
werde. Die Schulden sind wesentlich gesunken. Im Jahre  
1910 seien auf die Ausgaben hin, welche der Stadt durch die  
Deregulierung (Schiffelbrücke, Wasser, Gasen) aufgebracht  
worden sind, die sich auf 15 Millionen Mark belaufen. Auf die  
Wärme treiben und so weiter. Die Verwaltung müsse sich oft sehr  
wachen, um die Fortschritte zurückzuführen. Man dürfe ferner nicht  
vergessen, daß eine Anlage, wie der Gasen, wenn auch nicht den  
nächsten Finanzen, aber indirekt vielen großen Nutzen  
bringe. Die neue Grundwasseranlage sei ferner unter  
dem Punkte der Verhältnisse beschloffen worden. Aber auch heute  
würde die Verfassung nicht anders beschließen. Die städtische  
Elektrische Bahn sei noch in den Anfängen und lasse sich  
bessere Ergebnisse erhoffen. Der Redner schloß mit dem Wunsch,  
daß uns der ostasiatische Krieg nicht beströhen möge.

**Darauf erstattete Stadtvorordnete: Dettinger das  
General-Referat über den vorliegenden Entwurf des Stadt-  
haushaltsplanes.**

Er bemerkte u. a., daß der Etat bei aller Sparfamkeit doch  
nicht so unerschütterlich und dauerhaft sei; er bringe die Fort-  
bildungsschule und die Grundwasser-Verordnung.  
Der Etat der Armen- und Wohlfahrtspflege erfordere  
80,000 M. mehr als der vorige. Der Vertrag mit dem  
Ordnungsamt wegen der Subvention von 20,000 M. laufe am  
31. März d. J. ab und es sei wohl nicht zu erwarten, daß die Sub-  
vention weiter gegeben werde, aber es sei wohl auch zu erwarten,  
daß auch die Gegenleistung des Vereins in Gemäßung volks-  
tümlicher Konzerte in Kraft bleiben werde. Die  
Spezialabteilungsbekämpfung sollte möglichst eingeschränkt werden, da  
sie teuer sei wie Gasbeleuchtung und nicht so teuer wie elektrisches  
Licht. Die Stadt sollte nicht lange zögern, eine Kasse für  
Grundbesitzer anzunehmen, aus der auch Beiträge für  
Grundbesitzer und Grundbesitzerleistungen genommen werden müßten.  
Wenn die Ansprüche aus letzteren an die Stadt wachsen dürften. Es  
würde gut, wenn in Bezug der aus dem Verlauf der Teichhöfen-  
Abrechnung der Versammlung zugehe, da gelegentlich einer Ausschüttung vom Ma-  
gistrat die Mitteilung erfolgt sei, daß von den bis jetzt durch den  
Verkauf erzielten 800,000 M. dem Substanzgelderfonds noch nichts  
zugeliefert worden sei, sondern das Geld zum Ausbau der Straßen  
verwendet worden sei. Die hohen Ausgaben in den Be-  
amtenbesoldungen für Arbeiten außerhalb der Dienstzeit ver-  
dienen Beachtung und Abstellung. Die Änderung der Tarife  
für die Elektrizität werde so eine dringende Not-  
wendigkeit und man möge damit nicht warten,  
bis die Schlachthaus angeschlossen werde. Eine  
höhere Einnahme bei den Betriebswerken sei nur möglich,  
durch eine Herabsetzung der Preise für Leuchtgas und elektrisches Licht  
und durch eine Erhöhung des Wasserpreises. Auch die hohen Ab-  
schreibungen bei den Elektrizitätswerken müßten geändert werden. Bei  
der städtischen Straßenbahn bliesse das Ende der Leihen  
noch nicht erreicht sein. Bei Erweiterungsplänen müsse man sehr  
vorsichtig sein und ihnen nur näher treten, wenn eine Rentabilität  
nachgewiesen sei. Die Mitteilungen über die Ergebnisse der Steuern  
in dem laufenden Jahre werden eine Verringerung in den vom  
Magistrat vorgeschlagenen Steuererläsen eintreten lassen. Redner  
empfiehlt die Ueberweisung des Etats an den Staatsausschuß.

Auf Antrag Heilberg wurde die Debatte vertagt, da  
in der geheimen Sitzung die Wahl eines zweiten  
Bürgermeisters zu besprechen sei. — Nachdem noch  
ein Dringlichkeitsantrag betreffend Errichtung einer Fach-  
schule für Buchbinder an den Ausschuß III über-  
wiesen worden, fand die öffentliche Sitzung ihr Ende.

In der geheimen Sitzung kam es dann zu lebhaften  
Zusammenstößen zwischen der konservativen-klerikalen  
Minderheit und der liberalen Mehrheit. Die letztere  
schlägt in Uebereinstimmung mit dem Ausschuß den Stadt-  
rat Mühl als Nachfolger Jaenicke's vor, während  
die schwarze Vereinigung, die zunächst den konservativen  
Amtsvorsteher Dr. Pahn aus Rummelsburg bei Berlin  
vorgeschlagen hatte, jetzt plötzlich ihren Kandidaten zum Rück-  
tritt veranlaßt hat und dann in der geheimen Sitzung den  
Stadtrat Kaiser-Magdeburg — einen angeblich frei-  
sinnigen Mann — vorschlug. Dabei betonte der Sprecher  
der Konservativen, Justizrat Peuder, daß man gegen den  
Stadtrat Mühl um deswillen sei, weil er liberale  
Wahlaufrufe unterzeichnet habe und man neben  
dem Oberbürgermeister nicht noch einen politisch engagierten  
Bürgermeister haben wolle. Auch spielten die Herren auf  
die letzte Zusammenkunft der Freisinnigen  
unter Benders Leitung an, so daß der Oberbürgermeister  
sehr gereizt erwiderte und schließlich ein allgemeines Toben-  
wahn entstand, so daß die geheime Sitzung vorzeitig ab-  
gebrochen werden mußte. Erwähnenswert ist, daß Herr  
Bender als einziger Zweck jener Zusammenkunft die  
Stellung der Freisinnigen zu den Sozial-  
demokraten angibt, etwas näheres über die Art der  
Stellungnahme wurde jedoch nicht bekannt gegeben.

**Stadtvorordneten, Ergänzungswahlen in  
Breslau.** Im Herbst dieses Jahres finden wieder Stadt-  
vorordneten-Ergänzungswahlen statt.

Von den Stadtvorordneten, welche in der III. Abteilung  
gewählt wurden, scheiden nach Ablauf der sechsjährigen Amtsperiode  
aus: Kaufmann Dirke (gewählt im 28. Wahlbezirk), Fabrikdirektor  
Blum (25. Wahlbezirk), Kaufmann Czaja (33. Wahlbezirk),  
Kaufmann John (19. Wahlbezirk), Partikulier Kunde (24. Wahl-  
bezirk), Bädermeister Ritter (32. Wahlbezirk), Leitungsleiter  
Eckert (22. Wahlbezirk), Partikulier Seidel (28. Wahlbezirk).

Fabrikbesitzer Telemberg (25. Wahlbezirk), ferner der als Erlau-  
mann gewählte Buchhändler Schill (24. Wahlbezirk), Metall-  
Arbeiter (22. Wahlbezirk), welcher von Bredow verdrängt, und  
Fabrikbesitzer Bräuer (27. Wahlbezirk), welcher verdrängt ist.  
Endlich ist in der III. Abteilung (28. Bezirk) für den verstorbenen  
Bauer Gumb, dessen Mandat erst 1908 ablaufen würde, eine  
Ergänzung vorzunehmen.

Es sind insgesamt in der III. Wahlabteilung 13, in  
der II. Abteilung 10 und in der I. Abteilung 10, also  
33 Stadtvorordnete zu wählen. Von den aus-  
scheidenden Stadtvorordneten gehören an: Den vereinigten  
Konservativen und Zentrum 6 in der dritten,  
5 in der zweiten Abteilung, zusammen 11; den Liberalen  
5 in der dritten, 5 in der zweiten, sämtliche 10 in der  
ersten Abteilung, zusammen 20; den Sozialdemo-  
kraten 2 in der dritten Abteilung.

**Ein Arztkrieg für Breslau in Sicht?**  
In der Sitzung des Ortskrankenkassenverbandes vom 11ten  
dieses Monats, die im Restaurant „Zu den 2 Posten“ ab-  
gehalten wurde, kamen, wie uns berichtet wird, wichtige  
Punkte zur Beratung.

Ein Verbandsrat hatte sich einer großen Pflichtverletzung an-  
schuldigen lassen; diese halb ist die Vertrauenskommission an-  
samlungsgewesen und hat nach einem Bericht des Kollegen Kern  
beisitzend, da die Pflichtverletzung erwiesen und auch von dem Arzt  
eingestanden wird, dem Arzt die der betreffenden Kasse entfallenden  
Konten aufzurechnen und ihm eine Warnung zu erteilen. Die Ver-  
sammlung erklärte sich damit einverstanden. Im weiteren berichtete  
Schneider Obla, die Kommission sei sich bezüglich des Hono-  
rars der beiden Frauenärzte, Dr. Courant und  
Dr. Rosenfeld, die anlässlich des Zutritts der  
Schneiderkasse in den Krankenkassenverband das  
Honorar von 300 auf 1000 Mark erhöhen wollen, schlüssig  
geworden, eine Panik nicht zu bewilligen, sondern das  
Honorar nach der Mitgliederzahl zu berechnen.

Ueber diesen Punkt entstand eine lange Debatte, in  
welcher die Ansichten auseinandergingen. Es wurde ins Bes-  
dere geführt, daß man einen Sprung um 300 Mark  
nicht auf einmal machen könne, es handle sich um die  
Großen der Arbeiter, mit denen man sparsam umgehen  
müsse. Andererseits wurde hervorgehoben, daß das Verlangen  
nach einer Erhöhung in Anbetracht der Zunahme der weib-  
lichen Kassenmitglieder als berechtigt anerkannt werden müsse.  
Die Bezahlung einer Baukassumme wurde abgelehnt und  
der Antrag des Schuhmachermeisters Schmidt angenommen,  
pro Kopf und Jahr 4 Pfg. auf ein Jahr probeweise zu ge-  
währen, um festzustellen, welche Mehrbelastung den Frauen-  
ärzten durch die Schneiderkasse erwächst. Bei einer Mit-  
gliederzahl von 27,500 würde das Honorar der beiden  
Frauenärzte sich bei dem Satz von 4 Pfg. auf 1100 Mark  
stellen.

Der nächste Gegenstand betraf die Ortskrankenkassen-  
Kasse der Brantweinbrenner. Der Verband  
hatte dieselbe auf ihr Ersuchen aufgenommen, der Eintritt  
erfolgt per 1. April d. J. Der wirtschaftliche Arztverband  
machte in diesem großen Schwierigkeiten. Der Arzt dieser  
Kasse sollte als Verbandsarzt aufgenommen  
werden, er hatte bereits eine diesbezügliche Zusage  
gegeben, sie aber zurückgezogen, weil die ärztliche  
Krankenkassen-Kommission ihm die Annahme einer  
Verbandsarztstelle untersagt hat!

Wahrscheinlich wollen die Ärzte die Brennerkassen der freien  
Arztwahl unterwerfen. Sie stützen sich auf § 10 des Gesetzes von  
1904, wonach bei Aufnahme neuer Kassen in den Verband die Zu-  
stimmung der Ärzte erforderlich ist. Der Verband dagegen behauptet,  
daß da die Aufnahme im November 1903 erfolgt ist, nicht der  
neue von 1904, sondern der alte Vertrag von 1903 maßgebend sei,  
welcher die angeführte Klausel nicht enthält. Man erklärte, der  
Verband werde das Interesse der Brennerkassen zu wahren wissen.  
Die Mitglieder dieser Kasse, können sich, sobald der Vertrag mit  
ihren Kassenarzt zu Ende ist, von den Verbandsärzten behandeln  
lassen; weigern sich dieselben, dann werde man das Recht einschreiten  
lassen. Man giebt sich jedoch der Hoffnung hin, daß die Ärzte es  
nicht bis auf's äußerste kommen lassen werden. Eine andere, eben-  
so wichtige Frage bildet die ärztliche Behandlung der  
Familienangehörigen. In neuester Zeit haben die Orts-  
krankenkassen der Klempner und Fabrikarbeiter die  
Krankenkassenbehandlung der Familienangehörigen in das Statut auf-  
genommen. Die Verbands-Spezialisten lehnen aber die Behandlung  
der Familienangehörigen ab, bzw. sie machen diese von der Ge-  
nehmigung der ärztlichen Krankenkassen-Kommission  
abhängig. Sollte die Bewilligung erfolgen, dann beanspruchen  
sie einen höheren Preis als für die Behandlung der  
Kassenmitglieder erhalten. Vorläufig sind die Spezialisten, soweit sie  
im Besitze einer Poliklinik sind, bereit, die Familienangehörigen  
poliklinisch zu behandeln. Der Verband ist nach § 11 des Ärzte-  
vertrages bei Streitigkeiten mit den Ärzten berechtigt, ein Schieds-  
gericht, bestehend aus drei Ärzten und drei Verbandsmitgliedern  
einuberufen, von diesem Recht wird der Verband Gebrauch machen.  
Ein Antrag der Verbandsärzte, ihnen jährlich 20 Mark für  
Kotzen und Arsen zu bewilligen, wurde von der Versammlung  
abgelehnt.

**Die nächste Frauenversammlung findet wegen  
des Faschnachtsfestes nicht am Dienstag, den 16., sondern erst  
am Dienstag, den 23. Februar, statt.**

**Achtung, Metallarbeiter.** Der Gewerbeverein  
(Hirsch-Dunder) hält am Montag im „Kronprinzen“,  
Kurzgasse, eine öffentliche Versammlung ab. Die Unter-  
zeichneten ersuchen aber die Metallarbeiter und  
sonstigen Gewerkschaftler, an dieser Versammlung nicht  
teilzunehmen, weil das Lokal für uns so lange ge-  
sperrt ist, bis es auch den Gewerkschaften zur  
Verfügung steht.  
Die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes.  
Max Korbitzke.  
Für die Bezirksleitung:  
Fr. Schlegel.

**Gefallenes Pferd.** Am 10. d. Mts., Mittwoch, fiel auf  
der Gartenstraße ein vor einem Frachtwagen gespanntes Pferd und  
verendete nach kurzer Zeit. Der Fahrer wurde in die Abdecker-  
grube geworfen.

**Staub.** In vergangener Nacht ist hier in ein Geschäft  
ein Einbruch verübt worden. Den Dieben fielen 51 goldene  
Percussionen, 100 goldene Damen-  
Kessentouren- und Savonneturen in die Hände. Unter  
den Uhren befinden sich 10 Stück Repetieruhren nebst Chronograph.  
Diese Uhren haben die Nummern 181, 642—181 652. Der Gesamt-  
wert der gestohlenen Uhren dürfte 8000 Mark betragen. Angaben  
zur Herbeischaffung der Uhren sind im Zimmer 56 des Polizei-  
Präsidiums zu machen.

**Verhaftet** wurde ein Arbeiter von der Gerbstraße, der  
seine Frau schwer gemißhandelt und mit Erbrechen be-  
droht hatte.

**Polizeiliche Maßnahmen.** In das Polizeigebäude wurden  
am 10. d. M. 29 Personen eingeliefert. — Gefunden wurden: ein

schwarzer Fächer, ein Schälband, ein schwarzes Tuch mit weiß  
gestreifter Kante, eine blaue Plüschdecke und Boyer auf dem Namen  
Kobay. — In den Sämen: eine Pigeonfische, ein Paar  
braune Turteltauben und zwei Tortenmännchen mit 250 Mark und  
45 Mark Inhalt. — In den Sämen wurden einem Schüler aus  
einem Schulhaus eine Schälhülle, einem Friseur auf dem Ringe  
ein Tortenmännchen mit 13,55 Mark.

**Verdacht, 10. Februar.** Die ganze Rindermarkt  
verbraucht. Eine hiesige Frau mochte in der Rindermarkt  
Tener, im Fleisch und Etwas eines großen Rindvieh zu kaufen.  
Wahrscheinlich war das Rindvieh ein Rind oder das Fleisch  
zu tief, so daß es vom Feuer erreicht werden konnte, kurz:  
Als die Frau nach einiger Zeit wieder nach demselben sah, lag die  
ganze Rindermarkt über und über brennend am Boden. Es gelang  
dem Brand zu erlösen; doch ist leider weder Fleisch noch Etwas zum  
Genuss geblieben.

**Unfall, 9. Februar.** Von einem Hunde angefallen  
wurde das fünfjährige Enkelkinder des Hausbesizers  
Heinrich in Ober-Themaswalden, als es in die Stube  
des Knechtbäckers Freitag eintrat. Das Tier er-  
streckte dem Kinde das Gesicht, das Kind fiel in  
den Arm und starb bald darauf.

**Unfall, 12. Februar.** Tödlich verunglückt. Ein schred-  
liches Unglück ereignete sich am Montag in der Grotto der  
Zementfabrik. Ein Techniker geleite dem im landwirtschaftlichen  
Bureau seit einiger Zeit beschäftigten Buchhalter Götlich den Betrieb.  
Er kam auch mit ihm an die Stelle, wo in etwa 3 Meter Ver-  
tiefung die Kohlen betriebs Wühlma einzuweisen werden. Der  
Buchhalter stürzte in dieses Loch, ohne daß der vorausgehende  
Techniker dies bemerkt hätte. Die Arbeiter sprangen sofort  
einen Wagen mit Kohle auf den unglücklichen  
jungen Mann. Erst kurze Zeit nachher bemerkte der Techniker das  
Verwinden des Buchhalters. Rettungsversuche wurden sofort ins  
Werk gesetzt. Jedoch starb der Unglückliche an den erlittenen Ver-  
letzungen.

Ein ebenso trauriger Unfall ereignete sich  
vor ca. 8 Tagen in der Grundmannschen Zementfabrik in  
Kendorf. Der Arbeiter Schichta kam auf unerklärliche Weise  
der Transmission zu nahe und wurde von dieser am  
Kopfe erfaßt. Der Unfall ereignete sich sofort, da ihm  
das Schichttotalerleuchtungslicht wurde. In beiden Fällen trifft  
niemanden eine Schuld, da die gebräuchlichen Sicherheitsvorrichtungen  
angebracht waren.

**Rattor, 10. Februar.** Die Mord im Menschen. Ein  
unheimlicher Fall beschäftigte die erste Strafkammer. Anwalt des  
Anklagendebatsch sowie der angeklagten Rätter-  
verletzung mittels einer das Leben gefährdenden  
Verhandlung sah der Kaiserliche Anwalt an, die  
Anklagung auf der Anklagebank. Der Anwalt ist wiederholt, darunter  
mit 20 Jahren Buchhaus, wegen verächtlicher Verbrechen  
verurteilt. Im Herbst vorigen Jahres wurden in Coblenz O. und  
Umgebung wiederholt Einbruchsdiebstähle, namentlich an Oestling  
verübt. Der Diebstahl gelang es, den Dieb in der Person des  
Madulek zu ermitteln. Die sechsjährige Tochter desselben  
hatte in heimlich ungeschickter Weise den Vater verraten. Der  
Mumensack rächte sich dafür an dem Kinde in be-  
schämender Weise. Er erorrt es, warf es auf den Holz-  
haken, nahm eine Holzart zur Hand und wollte dem  
zu Tode erdrohenden und laut um Hilfe rufenden Kinde den  
Kopfe abhacken. Nur das Dämmisretreten der Mutter ver-  
hinderte eine Katastrophe. Dafür hatte die Frau jetzt die ganze  
But des Mannes zu kosten, der sie schrecklich zurücksetzte.  
Im Tage vor seiner Verhaftung verübte Madulek eine gleiche nicht  
minder grauenvolle Tat. Er band der Tochter die Hände zusammen  
und hing das Kind mit dem Kopfe nach unten auf  
einen Nagel in der Wand. So mußte das Mädchen eine geraume  
Zeit (angeblich zwei Stunden) hängen, bis es von der  
Mutter nach dem Rücktritt aus der furchtbaren Lage befreit wurde.  
Die Strafkammer verurteilte den rohen Vater wegen der ihm zur  
Last gelegten Straftaten zu zwölf Jahren Buchhaus.

**Unfall, 12. Februar.** Ein verhängnisvolles  
Wurstaubenbrot veranlaßte vor einigen Tagen ein Gast-  
wirt im angrenzenden Dte Neu-Geleit anlässlich eines  
Schweinefests. Der Genuss der Wurst zog Massen-  
erkrankungen her und in Hebel mohnende Personen, die an  
dem Wurstaubenbrot teilgenommen oder sich für den Haushalt Wurst  
gekauft hatten, nach sich. Die Erkrankungen zeigten sich in Leib-  
schmerzen und mehrtagiger, heftiger Diarrhoe, so daß die  
davon Betroffenen ärztliche Hilfe in Anspruch nahmen, einzelne auch  
das Krankenhaus aufsuchen mußten. Auf Veranlassung der Polizei-  
verwaltung zu Königsbrunn wurden Teile der Wurst an das  
Untersuchungsamt nach Döbeln zur Untersuchung geschickt.

**Rattor, 11. Februar.** 1000 Mark Belohnung. Die  
Polizeiverwaltung veröffentlicht folgende Belohnung:  
Am 4. d. Mts. ist in Sosnowice der Rattor Robert  
Mihon überfallen und ihm eine Tasche mit 10000 M.  
gekauft worden. Die Bankhäuser Wilhelm Landau und Er-  
merberg in Sosnowice haben auf die Ermittlung des Rattors  
und Herbeischaffung des Geldes eine Belohnung von  
1000 Mark ausgesetzt.

**Rattor, 10. Februar.** Wegen Gewerbevergehen hatte sich dieser  
Lage vor dem hiesigen Schöffengericht der im benachbarten Industrie-  
dorf Jalenze wohnhafte Bädermeister Jie von Mischalisch  
zu verantworten. Er war beschuldigt, lange Zeit hindurch Gesellen  
und Lehrlinge über die in der Bäderverordnung bestimmte tägliche  
Arbeitszeit hinaus beschäftigt zu haben. Nach der Angabe des  
Bädermeisters Adamus hat dieser gewöhnlich 14—16 Stunden täglich  
arbeiten müssen, was durchschnittlich nicht mehr, wie höchstens  
sechs Stunden geschloffen. Auch das Essen war sehr ungenügend,  
noch mehr aber die Reinlichkeit. Der Junge sagt aus, daß die Leib-  
wäsche oft in sechs Wochen nicht gewechselt wurde. Er war denn  
auch tatsächlich verkränkt und verließ im Dezember v. J. die  
Lehre, ging auch zum Gewerbeinspektor, der ihm ganz  
vermehrfach fand und Anzeige gegen den Bädermeister  
erstattete. Ein als Junge vernommener früherer Geselle des Herrn  
Mischalisch bezeugt, daß oft Ueberstunden gemacht wurden und die  
Lehrjungen immer übermüdet erwiderten, auch waren dieselben sehr  
schwermütig, sie sahen nicht wie Bäder, sondern so schwarz wie  
Kohlente aus. Ein früherer Arbeitsbaracke des Bädermeisters bezeugt die  
Angelegenheit wegen der überlangen Arbeitszeit. Der Angeklagte  
will sich wegen anderer geschäftlicher Unternehmungen um die  
Bäder nicht haben kümmern können und die Führung der-  
selben einem Werkführer übertragen haben. Etwaige Ueber-  
stunden in der alten Bäderzeit seien jetzt in seiner neuen sogenannten  
Patentbäderzeit nicht mehr vorhanden. Das Gericht sprach den  
Bädermeister frei, da die von dem Gesellen und dem Bäder-  
besitzer behaupteten Straftaten mehr wie drei Monate zurückliegen  
und ihre Verfolgung deshalb verjährt sei, während den Angaben des  
Bädermeisters Adamus nicht in dem Maße Glauben geschenkt wurde, daß  
daraus eine Verurteilung erfolgen könnte. Gegen den wegen  
dieser Vergehen Verurteilung schon einmal verurteilten  
Angeklagten hatte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von  
hundert Mark beantragt.

**Rattor, 10. Februar.** Sozialdemokratischer Verein. Auf  
die am nächsten Dienstag, den 16. Februar, Abends 8 Uhr, statt-  
findende Mitglieder-Versammlung wird hier noch besonders hin-  
gewiesen. Die „politische Wochenzeitung“ wird gewinne  
Brennen geben, während Gewisse Gionner über „Ent-  
schädigung ungeschicklich Verhafteter“ referieren wird.

**Rattor, 10. Februar.** Aufforderung. Im Saal und  
Wohnen gehen sich die Stadt herum Sandberge, die zum  
großen Teil Eigentum der Stadt sind. Wegen ihrer geringen Er-  
tragsfähigkeit liegen sie unbebaut da und schaden dem benachbarten  
Kierland, das durch Flugsand verlandet wird. Aus der Bäder-  
heraus ist deshalb der B. B. zufolge, bei der Stadtvorwaltung  
der Antrag gestellt worden, einer Anpflanzung der Sandberge Pflanz-  
zu treten.



# Neueste Nachrichten.

## Vom Kriege in Ostasien.

Dem „Rustischen Bureau“ wird mitgeteilt, daß die Behandlung der „Nowoje Wremja“ nach der die Japaner bei dem Angriff auf Vort Arthur Wel-hal-wat als Dastu benutzten, durchaus unrichtig ist.

Die Neutralitäts-Erklärung Englands wird in der „London Gazette“ veröffentlicht. Präsident Roosevelt unterzeichnete heute die Neutralitäts-Erklärung der Union-Staaten.

### In die Luft gesprengt.

Ueber das Ereignis bei Tschemulps wird noch gemeldet, der Kapitän des Kreuzers „Marjag“ sei an Bord geblieben und besaß das Schiff, nachdem die Mannschaft sich gerettet hatte, in die Luft gesprengt.

### Abgefangen.

Das russische Handelschiff „Wandschurja“ von der russischen Ostchinesischen Dampfergesellschaft ist, dem „Verl. Lokal-Anzeiger“ zufolge, von den Japanern abgefangen worden.

### Der Schaden.

Ein Telegramm des Statthalter Alexiew an den Kaiser vom 11. Februar meldet:

„Sefarawitsch“ und „Ballada“ wurden am 9. Februar auf die innere See gebracht. Am „Rebmissan“ wird zur Zeit das Deck verholzt. Die Ausbesserung der Kanzerische ist eine so komplizierte Arbeit, deren Dauer sich schwer bestimmen läßt. „Ballada“ und „Kowit“ werden nacheinander ins Dock gebracht werden. Meiner Meinung nach wird die Reparatur gegen zwei Wochen erfordern. Alle übrigen Schiffe des Geschwaders, welche an dem Kampfe vom 9. Februar teilgenommen und Schaden erlitten haben, wurden am 10. Februar auf die innere See gebracht, um Kosten zu sparen und Reparaturen vorzunehmen, welche, wie ich hoffe, in drei Tagen beendet sein werden.

## Ungewöhnliche japanische Verluste.

Der russische Marine-Generalstab macht bekannt, daß nach ihm angefangenen Nachrichten bei dem Gefecht bei Vort Arthur sechs japanische Schiffe unwesentlich beschädigt wurden. 60 Mann wurden getötet, 150 verwundet. (?)

Im Gefecht von Vort Arthur verloren nach anderen Berichten 2 japanische Torpedoboote 35 Mann.

## Deutschland soll schuld sein!

Petersburg, 12. Februar. Es wird hier bekannt, daß der Kaiser sehr verstimmt ist und sich für falsch informiert hält von der Kriegspartei, welche die Dinge so geführt hat, daß der Krieg entstehen mußte, aber immer verstanden hat, den Kaiser in dem Glauben zu erhalten, daß es zu einem Kriege nicht kommen werde. Nach dem Gottesdienst im Winterpalast vor der Unterzeichnung des Relegationsmanifestes wurde eine Ansprache des Kaisers erwartet. Das Unterbleiben machte einen sehr unangenehmen Eindruck. Eingeweihte behaupten, daß der Verlust viel größer ist, als hier bekannt gegeben wird. Im Gegenteil werden Gerüchte über Erfolge ausgestreut, um die Stimmung zu heben. Charakteristisch ist auch das Bestreben, Deutschland, insbesondere Kaiser Wilhelm, für die Situation verantwortlich zu machen. Wie früher die „Nowoje Wremja“, so beklagt jetzt das Blatt „Russe“ die Deutschen, Rußland nach Ostasien gehen zu haben, um in Kleinasien schalten und walten zu können.

### Briefkasten.

H. W., Goldberg. 1. Mein. 2. Mein.

## Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 12. Februar:  
Liebertafel „Trene.“ Zimmer Nr. 3.  
Sonabend, den 13. Februar:  
Maskenball des Radfahrer-Vereins im Saale.  
Poljarbeiter. Bahlabend, Zimmer Nr. 1.

Metallarbeiter-Verband. Bibliothekabend, Zimmer Nr. 1.  
Zimmerer-Verband. Bahlabend, Zimmer Nr. 1.  
Schnitzmacher-Versammlung. Zimmer Nr. 2.  
Buchbinder-Versammlung. Zimmer Nr. 3.  
Bildhauer-Verband. Zimmer Nr. 5.  
Tabakarbeiter- und Krankenliste. Bahlabend, Zimmer Nr. 2.  
Nigarrenforterer. Bahlabend unten.  
Sattler-Krankenliste. Bahlabend unten.

Sonntag, den 14. Februar  
Anball der Schneider im Saale.  
Tzyer-Versammlung Vormittag 11 Uhr im Saale.  
Bachdecker-Verband. Vormittag 10 Uhr. Zimmer Nr. 3.  
Arbeiter des Landkreises. Nachm. 4 Uhr. Zimmer Nr. 2.  
Arbeiter-Sängerbund. Vormittag 10 Uhr: Generalprobe.  
Zimmer Nr. 2.  
Bauerarbeiter-Verband. Vorm. 11 Uhr. Zimmer Nr. 1.  
Schiffzimmerer. Nachmittags 4 Uhr. Zimmer Nr. 6.  
Steinarbeiter. Zimmer Nr. 3.  
Steinseher-Verband. Bahlabend unten.  
Mauerer-Verband. Vormittag, Bahlabend unten.  
Mauerer-Krankenliste „Grundstein zur Einigkeit“. Bahlabend unten.

### Mitteilungen der Bezirksführer etc.

Distrikt III (Ober-Vorkas).  
An die Bezirksführer. Sonntag, den 14. Februar, Vormittag 1/2 Uhr, im bekannten Lokal. Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zur „Vollswacht“-Agitation zu erscheinen.  
Distrikt VI (Ohsauer und Schweidnitzer Vorkas).  
Bezirks 74 und 75. Sonntag Vormittag: „Vollswacht“-Agitation. Treffpunkt: Königgräberstraße. Zahlreiche Beteiligung erwünscht. Bemrodt. Schneider.  
Bezirk 81. Am Freitag: Bahlabend. E. Gabor.  
Bezirk Gartlieb-Krieter. Arbeiter-Radfahrerverein „Vorwärts“. Sonnabend, den 13. Februar, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Karl Schmidt. Der Vorstand.

## Stadt-Theater.

Freitag:  
„Die Jüdin“.  
Sonabend (Anfang 7 Uhr):  
„Elegie“.  
Sonntag Nachmittags 3 1/2 Uhr:  
„Der Postillon von Constanze“.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
„Trabata“.  
Darauf:  
„Cavalleria rusticana“.

## Lobe-Theater.

Freitag:  
„Japantreich“.  
Sonabend um 8 Uhr:  
„Japantreich“.  
Sonntag Nachmittags 3 1/2 Uhr:  
„Die Geisha“.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
„Japantreich“.

## Thalia-Theater.

Sonntag Abends 7 1/2 Uhr:  
„Wiener Blut“.  
Vollverkauf Sonntag von 10 bis 2 Uhr im Thalia-Theater.

## Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.

Freitag, Gruppe G, 5. Vorstellung:  
„Der Herr Senator“.  
Sonabend Gruppe H, 5. Vorstellung:  
„Der Herr Senator“.

## Gasthof zum Rosenhain.

Leuthenstrasse 3.  
Sonntag, den 14. Februar:

## Gr. Bookfest

verbunden mit humoristischer u. musikalischer Unterhaltung.  
194 Hochachtungsvoll  
Otto König  
Gastwirt.

2 gut erh. Fahrräder zu vert.  
198) Pietrzak, Bietenstr. 8.

Einer sagt dem Andern,  
was beim Einkauf direkt in der Fabrik erpart wird. Schöne Herren-Anzüge 10 1/2, M., Konfirmanten-Anzüge 8 1/2, M., Elegante Anzüge nach Maass 13 M., 199) Anzugfabrik Wallstr. 17a, II. Sonntag auch von 11-2.

## Volksvorstellung

des sozialdemokratischen Vereins in Breslau.  
Sonntag, den 14. Februar 1904  
im Thalia-Theater.  
Nachmittags-Vorstellung  
2. Aufführung.

## Der Sturmgewelle Sokrates

Romödie in 4 Akten von Sudermann.  
Preise der Plätze:  
Loge 60 Pf., Parquet 50 Pf., Sperrsitze 40 Pf., III. Rang 20 Pf., Gallerie 10 Pf.  
Billets sind in der Expedition der „Vollswacht“ zu haben.

## Verantwortl. Redakteur für die Rubrik: „Lokales und Provinziales“

Saul Bbe. Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 6/6. — Verlag von Oscar Schatz. — Druck von Th. Schatz. — sämtlich in Breslau. — Ausgabeort: Breslau. [Gierzu 1. Seite]

## Dominikaner.

Neute Freitag:  
Gr. Bookfest  
mit Mitwirkung d. gesamten  
Bückerburger Bauern.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Entree 10 Pf. inkl. Vorkleider.

Best. weißer Kaffee Pfd. 18 Pf.  
Hart. Zucker im Brot Pfd. 20 Pf.  
Boh-Kaffee. 194  
sehr fein im Geschm. d.  
Pfd. 90, 100, 120, 140, 160 Pf.  
Perl-Kaffee Pfd. 100 Pf.  
Getreide-Kaffee Pfd. 12 Pf.  
Mali-Kaffee Pfd. 25 Pf.  
Zirk. Pflanzen Pfd. 25 Pf.

Bokobn, gemischt,  
Pfd. 27 und 35 Pf.  
Pflanzenmus Pfd. 25 Pf.  
Zuckererzeug Pfd. 15 Pf.  
Honigtrug Pfd. 25 Pf.  
Breslauer Korn Liter 50 Pf.  
Alter Rum Liter 100 Pf.

Th. Giersdorf  
Güterstr. 21, am Waterloo-Pl.  
Filialen: Mollkestr. 1a,  
Enderstr. 9, Matthiasstr. 185,  
Weinstr. 38, Hirschstr. 85.

195  
Liebst Du  
eine schöne Einrichtung für wenig Geld zu erwerben, so kaufe auf Abzahlung bei ganz kleiner Anzahlung nur Deine Möbel im größten Möbel- u. Garderoben-Kredit-Haus  
Max Biermann,  
Ring Nr. 51, 1. Etage,  
(neben der Stodgasse).

## Liebst Du

196  
August Neumann, Geschäftsführer. Wilhelm Peschke, Kassierer.  
Die Rabattmarken werden vom 15.-29. Februar d. J. in unseren Geschäften eingelöst, vom 1.-15. März mit noch Große Feldstraße 11f. — 1. Matthiasstraße 88. — 2. Große Feldstraße 11f. nur vormittag von 8-12. — 3. Friedrich Wilhelmstraße 89. — 4. Gedaustraße 20. — 5. Kurze Gasse 53/55. — 6. Friedrichstraße 70.

197  
Achtung! Töpfer! Achtung!  
Sonntag, den 14. Februar 1904, vorm. 11 Uhr  
im grossen Saale des Gewerkschaftshauses  
außerordentl. Mitgliederversammlung  
aller organisierten Töpfer.  
Tagesordnung:  
1. Bericht der Lohnkommission. 2. Abstimmung über Verlängerung oder Kündigung des Tarifs.  
Am Interesse der wichtigen Tagesordnung ist jeder Kollege verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen. Nur durch Vorzeigen des Mitgliedsbuches ist der Einlass gestattet.  
198 Die Lohnkommission.

199  
Empfehle meiner werthen Kundschaft für Mädchen u. Knaben  
Knopf-, Schnür- und Zugsstiefeln  
selbstgefertigte Ware, zu ganz soliden Preisen,  
billiger wie jede Konkurrenz, sowie  
Herren- und Damen-Gamaschen  
in jeder Größe vorräthig.  
H. Christmann,  
Nr. 37. Scheitnigerstraße Nr. 37.  
Bitte genau auf die Firma zu achten.

200  
Achtung! Genossen, Gewerkschaftler! Achtung!  
Die  
Bresl. Schuhmacher-Genossenschaft  
E. G. m. b. H.  
Büttnerstr. 7, 2. Laden von der Ecke Nikolaistraße.  
Zweig-Geschäft: Friedrich-Wilhelmstraße 98  
empfiehlt ihr großes Lager in  
Herren-, Damen- u. Kinderschuhwaren.  
Gleichzeitig machen wir auf unsere Reparatur-Workstatt aufmerksam.  
Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und wieder zugestellt.  
Der Vorstand,  
Paul Thater, Paul Lange.

201  
A. Franz Nachfl. H. Wiersing  
Messergasse 1 II, am Neumarkt.  
Grösstes Theater- und Masken-  
Garderoben-Verleih-Institut.  
Grosser Auswahl in Quadrillen-, historischen und  
Fastzugs-Kostümen. [1899]  
Neu-Anfertigungen prompt und billigst.  
Telephon 7996. Theater-Bühne leihweise zur Verfügung.

202  
Achtung! Genossen, Gewerkschaftler! Achtung!  
Die  
Bresl. Schuhmacher-Genossenschaft  
E. G. m. b. H.  
Büttnerstr. 7, 2. Laden von der Ecke Nikolaistraße.  
Zweig-Geschäft: Friedrich-Wilhelmstraße 98  
empfiehlt ihr großes Lager in  
Herren-, Damen- u. Kinderschuhwaren.  
Gleichzeitig machen wir auf unsere Reparatur-Workstatt aufmerksam.  
Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und wieder zugestellt.  
Der Vorstand,  
Paul Thater, Paul Lange.

203  
Achtung! Genossen, Gewerkschaftler! Achtung!  
Die  
Bresl. Schuhmacher-Genossenschaft  
E. G. m. b. H.  
Büttnerstr. 7, 2. Laden von der Ecke Nikolaistraße.  
Zweig-Geschäft: Friedrich-Wilhelmstraße 98  
empfiehlt ihr großes Lager in  
Herren-, Damen- u. Kinderschuhwaren.  
Gleichzeitig machen wir auf unsere Reparatur-Workstatt aufmerksam.  
Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und wieder zugestellt.  
Der Vorstand,  
Paul Thater, Paul Lange.

## Konfirmanden-

Anzüge  
empfehlen  
in schwarz und blau  
Cheviot, Tuch, Kam-  
garn etc. in größter  
Auswahl allerbillig  
Gustav Knauerhase.  
Inhaber: Oskar Dehmel  
Neumarkt 15, part. u. 1. Stg.

204  
Breslauer Genossenschafts-Bäckerei  
E. G. m. b. H.  
Bilanz-Konto am 31. Dezember 1903.

Aktiva.	Passiva.
An Kassenbestand . . . 247 —	Per 5 Kreditoren . . . 4956 77
Warenbestand . . . 4754 98	Reservefonds . . .
„ Inventar-Konto . . . 3472 80	„ „ „ „ „
„ Verden . . . 756 50	„ Anteilschein . . . 300 —
„ Kautions . . . 430 —	„ Anleihe . . . 20 —
	„ Kapital . . . 3843 99
	„ Gewinn- und Verlust . . . 738 92
Summa 10064 68	Summa 10064 68

Debit.	Kredit.
An Handlungsumkosten-Konto . . . 4762 12	Per Waven-Konto . . . 38516 72
„ Inventar . . . 203 89	
„ Verden . . . 252 —	
„ Gespannunter- haltung . . . 2288 48	
„ Lohn . . . 18303 12	
„ Mieten . . . 3223 63	
„ Unterstützungs- „ „ „ 99 25	
„ Rabatt . . . 8644 31	
„ Zinsen . . . 21 —	
Reingewinn . . . 738 92	
Summa 38516 72	Summa 38516 72

Mitglieder-Bewegung.	Die Haftsumme	Das Mitglieder-Vermögen
Bestand Anfang 1903 . . . 31	betrug Anfang 1903 . . . 310 —	betrug Anfang 1903 . . . 280 —
Zugang . . . 4	Zugang . . . 40 —	Zugang . . . 20 —
		Ende 1903 . . . 300 —
Ausgeschieden bezw. gestorben . . . 35	Abgang . . . 30 —	
Ende 1903 mithin . . . 32	Ende 1903 . . . 320 —	

205  
Achtung! Genossen, Gewerkschaftler! Achtung!  
Die  
Bresl. Schuhmacher-Genossenschaft  
E. G. m. b. H.  
Büttnerstr. 7, 2. Laden von der Ecke Nikolaistraße.  
Zweig-Geschäft: Friedrich-Wilhelmstraße 98  
empfiehlt ihr großes Lager in  
Herren-, Damen- u. Kinderschuhwaren.  
Gleichzeitig machen wir auf unsere Reparatur-Workstatt aufmerksam.  
Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und wieder zugestellt.  
Der Vorstand,  
Paul Thater, Paul Lange.

206  
Achtung! Genossen, Gewerkschaftler! Achtung!  
Die  
Bresl. Schuhmacher-Genossenschaft  
E. G. m. b. H.  
Büttnerstr. 7, 2. Laden von der Ecke Nikolaistraße.  
Zweig-Geschäft: Friedrich-Wilhelmstraße 98  
empfiehlt ihr großes Lager in  
Herren-, Damen- u. Kinderschuhwaren.  
Gleichzeitig machen wir auf unsere Reparatur-Workstatt aufmerksam.  
Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und wieder zugestellt.  
Der Vorstand,  
Paul Thater, Paul Lange.

207  
Achtung! Genossen, Gewerkschaftler! Achtung!  
Die  
Bresl. Schuhmacher-Genossenschaft  
E. G. m. b. H.  
Büttnerstr. 7, 2. Laden von der Ecke Nikolaistraße.  
Zweig-Geschäft: Friedrich-Wilhelmstraße 98  
empfiehlt ihr großes Lager in  
Herren-, Damen- u. Kinderschuhwaren.  
Gleichzeitig machen wir auf unsere Reparatur-Workstatt aufmerksam.  
Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und wieder zugestellt.  
Der Vorstand,  
Paul Thater, Paul Lange.

208  
Achtung! Genossen, Gewerkschaftler! Achtung!  
Die  
Bresl. Schuhmacher-Genossenschaft  
E. G. m. b. H.  
Büttnerstr. 7, 2. Laden von der Ecke Nikolaistraße.  
Zweig-Geschäft: Friedrich-Wilhelmstraße 98  
empfiehlt ihr großes Lager in  
Herren-, Damen- u. Kinderschuhwaren.  
Gleichzeitig machen wir auf unsere Reparatur-Workstatt aufmerksam.  
Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und wieder zugestellt.  
Der Vorstand,  
Paul Thater, Paul Lange.

209  
Achtung! Genossen, Gewerkschaftler! Achtung!  
Die  
Bresl. Schuhmacher-Genossenschaft  
E. G. m. b. H.  
Büttnerstr. 7, 2. Laden von der Ecke Nikolaistraße.  
Zweig-Geschäft: Friedrich-Wilhelmstraße 98  
empfiehlt ihr großes Lager in  
Herren-, Damen- u. Kinderschuhwaren.  
Gleichzeitig machen wir auf unsere Reparatur-Workstatt aufmerksam.  
Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und wieder zugestellt.  
Der Vorstand,  
Paul Thater, Paul Lange.

210  
Achtung! Genossen, Gewerkschaftler! Achtung!  
Die  
Bresl. Schuhmacher-Genossenschaft  
E. G. m. b. H.  
Büttnerstr. 7, 2. Laden von der Ecke Nikolaistraße.  
Zweig-Geschäft: Friedrich-Wilhelmstraße 98  
empfiehlt ihr großes Lager in  
Herren-, Damen- u. Kinderschuhwaren.  
Gleichzeitig machen wir auf unsere Reparatur-Workstatt aufmerksam.  
Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und wieder zugestellt.  
Der Vorstand,  
Paul Thater, Paul Lange.

211  
Achtung! Genossen, Gewerkschaftler! Achtung!  
Die  
Bresl. Schuhmacher-Genossenschaft  
E. G. m. b. H.  
Büttnerstr. 7, 2. Laden von der Ecke Nikolaistraße.  
Zweig-Geschäft: Friedrich-Wilhelmstraße 98  
empfiehlt ihr großes Lager in  
Herren-, Damen- u. Kinderschuhwaren.  
Gleichzeitig machen wir auf unsere Reparatur-Workstatt aufmerksam.  
Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und wieder zugestellt.  
Der Vorstand,  
Paul Thater, Paul Lange.

## Gewerkschafts-Haus

Margarethenstraße 17. 158  
Sonntag, den 15. Februar 1904:  
Grosser maskierter und unmaskierter Ball  
arrangiert vom  
Arbeiter-Radfahrer-Verein „Breslau“, Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.  
Programm:  
7 1/2-8 1/2 Uhr: Promenaden-Konzert. Darauf: Ball.  
Gegen 10 Uhr: Maskiertes Reigenfahren,  
ausgeführt von Mitgliedern des Vereins.  
1. Frauenreigen, gefahren v. 6. Herren. 2. Schlussreigen, gefahren v. 12 Herren. 3. Kunstfahren.  
Um 12 Uhr: Demaskierung, anschließend Bräutlichkeit der 4 schönsten Herren- u. Damen-Masken.  
Gegen 2 Uhr: Pfannkuchen-Panaisse.  
In einem der zur Verteilung kommenden Pfannkuchen befindet sich ein Zweimarkstück.  
Anfang 7 1/2 Uhr. Darauf Jubel und Trübel bis Ende. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Vorverkauf: Herr inkl. Dame 75 Pf., einzelne Dame 40 Pf.  
In der Kasse: Herr inkl. Dame 1 Mk., einzelne Dame 50 Pf.  
Die Radfahrer-Vereine von Krietern, M.-Mochern, Sachwitz, Strehlen u. Dhlau sind eingeladen.

212  
Achtung! Genossen, Gewerkschaftler! Achtung!  
Die  
Bresl. Schuhmacher-Genossenschaft  
E. G. m. b. H.  
Büttnerstr. 7, 2. Laden von der Ecke Nikolaistraße.  
Zweig-Geschäft: Friedrich-Wilhelmstraße 98  
empfiehlt ihr großes Lager in  
Herren-, Damen- u. Kinderschuhwaren.  
Gleichzeitig machen wir auf unsere Reparatur-Workstatt aufmerksam.  
Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und wieder zugestellt.  
Der Vorstand,  
Paul Thater, Paul Lange.

213  
Achtung! Genossen, Gewerkschaftler! Achtung!  
Die  
Bresl. Schuhmacher-Genossenschaft  
E. G. m. b. H.  
Büttnerstr. 7, 2. Laden von der Ecke Nikolaistraße.  
Zweig-Geschäft: Friedrich-Wilhelmstraße 98  
empfiehlt ihr großes Lager in  
Herren-, Damen- u. Kinderschuhwaren.  
Gleichzeitig machen wir auf unsere Reparatur-Workstatt aufmerksam.  
Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und wieder zugestellt.  
Der Vorstand,  
Paul Thater, Paul Lange.

214  
Achtung! Genossen, Gewerkschaftler! Achtung!  
Die  
Bresl. Schuhmacher-Genossenschaft  
E. G. m. b. H.  
Büttnerstr. 7, 2. Laden von der Ecke Nikolaistraße.  
Zweig-Geschäft: Friedrich-Wilhelmstraße 98  
empfiehlt ihr großes Lager in  
Herren-, Damen- u. Kinderschuhwaren.  
Gleichzeitig machen wir auf unsere Reparatur-Workstatt aufmerksam.  
Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und wieder zugestellt.  
Der Vorstand,  
Paul Thater, Paul Lange.

215  
Achtung! Genossen, Gewerkschaftler! Achtung!  
Die  
Bresl. Schuhmacher-Genossenschaft  
E. G. m. b. H.  
Büttnerstr. 7, 2. Laden von der Ecke Nikolaistraße.  
Zweig-Geschäft: Friedrich-Wilhelmstraße 98  
empfiehlt ihr großes Lager in  
Herren-, Damen- u. Kinderschuhwaren.  
Gleichzeitig machen wir auf unsere Reparatur-Workstatt aufmerksam.  
Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und wieder zugestellt.  
Der Vorstand,  
Paul Thater, Paul Lange.

216  
Achtung! Genossen, Gewerkschaftler! Achtung!  
Die  
Bresl. Schuhmacher-Genossenschaft  
E. G. m. b. H.  
Büttnerstr. 7, 2. Laden von der Ecke Nikolaistraße.  
Zweig-Geschäft: Friedrich-Wilhelmstraße 98  
empfiehlt ihr großes Lager in  
Herren-, Damen- u. Kinderschuhwaren.  
Gleichzeitig machen wir auf unsere Reparatur-Workstatt aufmerksam.  
Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und wieder zugestellt.  
Der Vorstand,  
Paul Thater, Paul Lange.

217  
Achtung! Genossen, Gewerkschaftler! Achtung!  
Die  
Bresl. Schuhmacher-Genossenschaft  
E. G. m. b. H.  
Büttnerstr. 7, 2. Laden von der Ecke Nikolaistraße.  
Zweig-Geschäft: Friedrich-Wilhelmstraße 98  
empfiehlt ihr großes Lager in  
Herren-, Damen- u. Kinderschuhwaren.  
Gleichzeitig machen wir auf unsere Reparatur-Workstatt aufmerksam.  
Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und wieder zugestellt.  
Der Vorstand,  
Paul Thater, Paul Lange.

218  
Achtung! Genossen, Gewerkschaftler! Achtung!  
Die  
Bresl. Schuhmacher-Genossenschaft  
E. G. m. b. H.  
Büttnerstr. 7, 2. Laden von der Ecke Nikolaistraße.  
Zweig-Geschäft: Friedrich-Wilhelmstraße 98  
empfiehlt ihr großes Lager in  
Herren-, Damen- u. Kinderschuhwaren.  
Gleichzeitig machen wir auf unsere Reparatur-Workstatt aufmerksam.  
Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und wieder zugestellt.  
Der Vorstand,  
Paul Thater, Paul Lange.

219  
Achtung! Genossen, Gewerkschaftler! Achtung!  
Die  
Bresl. Schuhmacher-Genossenschaft  
E. G. m. b. H.  
Büttnerstr. 7, 2. Laden von der Ecke Nikolaistraße.  
Zweig-Geschäft: Friedrich-Wilhelmstraße 98  
empfiehlt ihr großes Lager in  
Herren-, Damen- u. Kinderschuhwaren.  
Gleichzeitig machen wir auf unsere Reparatur-Workstatt aufmerksam.  
Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und wieder zugestellt.  
Der Vorstand,  
Paul Thater, Paul Lange.

220  
Achtung! Genossen, Gewerkschaftler! Achtung!  
Die  
Bresl. Schuhmacher-Genossenschaft  
E. G. m. b. H.  
Büttnerstr. 7, 2. Laden von der Ecke Nikolaistraße.  
Zweig-Geschäft: Friedrich-Wilhelmstraße 98  
empfiehlt ihr großes Lager in  
Herren-, Damen- u. Kinderschuhwaren.  
Gleichzeitig machen wir auf unsere Reparatur-Workstatt aufmerksam.  
Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und wieder zugestellt.  
Der Vorstand,  
Paul Thater, Paul Lange.

221  
Achtung! Genossen, Gewerkschaftler! Achtung!  
Die  
Bresl. Schuhmacher-Genossenschaft  
E. G. m. b. H.  
Büttnerstr. 7, 2. Laden von der Ecke Nikolaistraße.  
Zweig-Geschäft: Friedrich-Wilhelmstraße 98  
empfiehlt ihr großes Lager in  
Herren-, Damen- u. Kinderschuhwaren.  
Gleichzeitig machen wir auf unsere Reparatur-Workstatt aufmerksam.  
Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und wieder zugestellt.  
Der Vorstand,  
Paul Thater, Paul Lange.

222  
Achtung! Genossen, Gewerkschaftler! Achtung!  
Die  
Bresl. Schuhmacher-Genossenschaft  
E. G. m. b. H.  
Büttnerstr. 7, 2. Laden von der Ecke Nikolaistraße.  
Zweig-Geschäft: Friedrich-Wilhelmstraße 98  
empfiehlt ihr großes Lager in  
Herren-, Damen- u. Kinderschuhwaren.  
Gleichzeitig machen wir auf unsere Reparatur-Workstatt aufmerksam.  
Reparaturen werden auf Wunsch abgeholt und wieder zugestellt.  
Der Vorstand,  
Paul Thater, Paul Lange.



Der Kriegsschauplatz in Ostasien.



Die Uebersichtskarte über das für den japanisch-russischen Krieg in Betracht kommende Gebiet, die wir heute unseren Lesern bieten, wird, wie wir hoffen, ein willkommenes Hilfsmittel bei dem Verfolgen der Ereignisse auf dem Kriegsschauplatz sein. Die Karte veranschaulicht deutlich die Lage der beiden umstrittenen Länder, der Mandchurie und der Halbinsel Korea, ferner die Lage des japanischen Inselreiches sowie die der sibirischen und chinesischen Gebiete, die an die Mandchurie angrenzen.

In der Karte sind alle für die kriegsführenden Parteien wichtigen Flottenstützpunkte und die sonstigen hervorragenden strategischen Orte angegeben; besonders geht aus ihr die große Bedeutung hervor, die die Koreastraße für Russland in Bezug auf die Verbindung seiner beiden bedeutendsten Kriegshäfen im Osten, Wladiwostok und Port Arthur, hat. Die bisherige Gefechtsorte Port Arthur und Tschemulpo, der Landungsplatz Masampo und die Hauptstadt Koreas, Seoul, sind leicht zu finden.

Deutscher Reichstag.

30. Sitzung: Donnerstag, den 11. Februar, 1 Uhr. Am Bundeskanzler: Freiherr von Stengel, Graf Posadowski.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung einer Novelle zur Reichsschuldenordnung. Staatssekretär Herr v. Stengel: Durch die Vorlage soll der Reichskanzler ermächtigt werden, Schatzanweisungen durch Ausgabe von neuen Schatzanweisungen ohne besondere Genehmigung des Reichstages einzuführen. Es handelt sich darum, eine Unklarheit der Reichsschuldenordnung zu beseitigen. Abg. Kämpf (r. Sp.): Wenn man dem Reichskanzler das Recht giebt, auch langfristige Schuldverschreibungen ohne weiteres zu erneuern, wird die schwelende Schuld vermehrt und das Ausgabebewilligungsrecht des Reichstages geschmälert. (Sehr richtig! links.) Ich beantrage Ueberweisung an die Budgetkommission.

Die Abg. Dr. Spahn (Zentrum), Dr. Waasche (natl.) und v. Nörmann (kons.) treten für sofortige Bewilligung der Vorlage an. Abg. Dove (Frei. Vgg.) und Strombeck (Zentrum) für Kommissionsberatung. Abg. Gamp (Np.) ersucht den Reichsschatzsekretär, von der Begebung der Schatzanweisungen in Zukunft abzusehen, da diese immer einen niedrigeren Kurs hätten als die Reichskonsols. Im Interesse der kleineren Sparer empfehle sich die Zerlegung der Konsols in kleine Anteile zu etwa 100-300 Mark. Der Erwerb dieser Anteile sollte durch Vermittlung der Post möglich sein. Abg. Singer (Soz.): Ich halte doch Kommissionsberatung zur Klärung der mit dem Entwurf zusammenhängenden Fragen für geboten. Zeit wird dadurch nicht verloren werden; im Gegenteil, die Plenarverhandlungen werden dadurch entlastet werden. Die Vorlage

Aus aller Welt.

„Ein Soldatensinder, wie er im Buche steht.“ Mit diesem Prädikat belagte der Vertreter der Anklage den Gefreiten Willi Namming von der 3. Kompanie des 5. Infanterie-Regiments Nr. 104, der sich wegen Soldatenmishandlung vor dem Kriegsgesicht in Chemnitz zu verantworten hatte. Der Angeklagte war vor seinem Diensttritt kaufmännischer Korrespondent. Wegen fahrlässiger Körperverletzung ist er vorbestraft. Als Soldat hielt er sich straflos, entwidmete großes Geld und zeigte gute Anlagen zum Unteroffizier, so daß im vergangenen Herbst die Kompanie mit ihm kapituliert. Sein Kompaniechef bezeichnete ihn als einen braven, frommen Soldaten von „guter“ Gesinnung. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß er einem körperlich schwächlichen Menschen, dem Rekruten Bergarbeiter R., arg mißgespielt hat, obwohl er einbürglich von seinem Vorgesetzten verwahrt worden war. So ließ der Angeklagte den R. eines Morgens auf einen Scheffel treten und dann etwa eine Viertelstunde Freilübungen machen. Er mußte in Hniebeuge gehen und Arme spreizen bis er zitterte, ihm schwarz vor den Augen wurde und er beinahe vom Scheffel gefallen wäre. Als er vor Erschöpfung einen Arm sinken ließ, schlug ihn der Angeklagte mit der Scheffelschneide auf den Handrücken, wobei blutende Verletzungen entstanden. In wiederholten Malen hat der Angeklagte dem R., der wegen Harnwucherungen durch den Mund atmete, Schnee an Erde, soviel er eben in die Hand bekam, ins Gesicht geworfen und einmal Erde und einen taubeneigrößen Stein in den Mund hineingewängt und diesen ungehalten, bis R. rot und blau im Gesicht wurde. Ein andermal brüllte der Angeklagte dem R. den Kopf so energisch nach der Seite, daß sich am Hals eine Geschwulst bildete, auch wurde R. oft an den Ohren gezogen. Am 29. November 1903 mußte R. Abends von 9 bis 10 Uhr, nachdem ihn der Angeklagte wieder aus dem Bett hatte holen lassen, Gewehrübungen und Kniefälle machen bis zur völligen Erschöpfung. Seit dem 4. Dezember befindet sich R. in Lazarettbehandlung; ein Nervenleiden hat den schwächlichen Körper mißdienlich gemacht und die Entlassung des R. steht unmittelbar bevor. Der im allgemeinen gesunde Angeklagte wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Die Rache des Chemikers. Von einem boshaften Streich wird aus Paris berichtet: Ein Chemiker hatte lange Zeit die freche Neugierde des Portiers ertragen, der seine Briefschaften stets durchschleudert und las, kann aber nun auf Rache und versiel auf einen Plan, der gleichzeitig die Schuld des Portiers bewies und ihn dafür bestrafte. Der Chemiker adressierte an sich selbst ein großes Pack Briefe und ließ ruhig in seinem Laboratorium, um die Entwicklung der Dinge abzuwarten. Diese ließ auch nicht lange auf sich warten. Der neugierige Portier öffnete das Paket und las an seinem Er-

stauen folgende Mitteilung: „Ich habe Sie bei der Tat betroffen. Sie können Ihre unanständige Neugier nicht leugnen. Soll ich Sie benutzieren? Nein, ich will Sie Joren Gewissen überlassen, und Sie können dies ins Feuer werfen.“ Der erkrankte Portier tat das, aber nun war die Rache des Chemikers erst vollständig, denn kaum hatte er den Brief ins Feuer geworfen, als eine obenbehaftende, aber harmlose Explosion erfolgte, die das Zimmer mit Dämpfen erfüllte und den Unglücklichen halbtot auf den Boden warf. Der Brief war chemisch präpariert, und der Plan war durchaus gelungen. Siebenmal verheiratet. Eine größere Anzahl von Zeitungen brachte vor einiger Zeit die seltsame Mitteilung von dem Tode einer Frau, die nacheinander siebenmal verheiratet war. In dem Dorfe Mosenwie in Lothringen lebte vor 100 Jahren ein Mann mit seiner siebenten Frau. Von ihm berichtete der „Niederrh. Kur.“ vom 4. Ventose des Jahres 12 (24. Februar 1804): „Die erste, mit welcher er 15 Jahre lebte, gebar ihm 11 Kinder; die zweite 3; die dritte 2; die vierte auch 2; die fünfte 1; die sechste keine; aber von der siebenten hoffte er noch Kinder zu erhalten.“ Ein besterlicher Richter. Vor dem Strafgerichte in Buda pest begann die Schlußverhandlung gegen den Richter des Strafgerichtshofes Dr. Koloman Soos, der unter der Anklage steht, daß er sich in seinen richterlichen Funktionen durch Geld habe beeinflussen lassen. Dr. Soos soll der Anklage zufolge die Parteien haben auffordern lassen, sich an ihn zu wenden. Als Werkzeug hierbei habe er sich den Agenten Abraham Schwarz, eines mehrmals verurteilten Individuums, bedient. Schwarz habe teils im Auftrage des Gerichtes, teils auf eigene Faust die Parteien aufgesucht und sie aufgefordert, Dr. Soos Geld zu schicken, da sonst ihre Angelegenheiten einen unangenehmen Verlauf nehmen würden. Zur Verhandlung dieses Prozeßes wurde, da die früheren Kollegen des Dr. Soos ihm gegenüber befangen sein könnten, der Gerichtshof für den Budapester Landbezirk delegiert. Beide Angeklagte leugnen und erklären sich für nichtschuldig. Die Verhandlung dürfte eine Woche in Anspruch nehmen. Ueber die Verhaftung eines Mädchenhändlers wird dem „Hannov. Cour.“ aus Altona geschrieben: Vor einigen Tagen zog der Agent Schwarz aus Bayern hier zu; in seiner Begleitung befand sich ein hübsches junges Mädchen, das er sorgsam hütete und mit dem seine Logiswirtin kein Wort wechseln durfte. Auffällig war Schwarz's rege Korrespondenz und sein Wechsel mit dem Mädchen. Am Sonntag gelang es dem Mädchen zu entfliehen; es offenbarte sich dem ersten Volksgewarten, den es antraf. Das junge Mädchen war unter Vorwiegungen aus dem Elternhause fortgelaufen worden; hier wollte Schwarz es unter Wiltandlungen zwingen, sich einem lieblichen Lebenswandel zu ergeben; in den nächsten Tagen würden drei weitere junge Mädchen ankommen, und dann sollten alle vier nach Regensburg verschifft werden. Schwarz wurde nach verzweifelter Gegenwehr über-

selbst bietet zu Verhandlungen keinen Anlaß, sie ist ein Rotkehlchen. Herr Gamp hat von den Bedürfnissen der kleinen Sparer ganz richtig Anschauungen. Diese Leute wollen ein für die Zeit der Not verwerthbares Kapital zur Verfügung haben, empfinden aber kein Bedürfnis zum Erwerb größerer Papiere. Am liebsten möchte Herr Gamp wohl Herrn Scherl mit dem Vertrieb der Reichsanleihen betrauen (Recht. Zeitschrift und Beilage S. 6. Soz.)

Abg. Gamp (Np.): Herr Singer war wohl so lange auf Deutschland abwesend, daß er die deutschen Verhältnisse nicht mehr genau kennt. (Recht. Zeits.) In Deutschland wird weit mehr gepacert, als anderswo. Mit der Verleumdungstheorie des Abg. Singer ist es da nichts.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag auf Verweisung der Vorlage an die Budgetkommission wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen, sowie des Abg. Strombeck (Recht.) abgelehnt und die Vorlage sofort in zweiter Beratung debattiert angenommen.

Es folgt die Fortsetzung der Beratung des Etats des Innern.

Bei Kapitel „Reichsgesundheitsamt“ wird eine Resolution der freisinnigen Volkspartei angenommen, wonach das Studierende der Medizin, die bis 1906 ihr Examen vollständig erledigt haben, das neu vorgeschriebene praktische Jahr erlassen wird.

Das Kapitel „Patentamt“ wird auf Antrag des Abg. Pauli (kons.) an die Budgetkommission verwiesen.

Beim Kapitel „Reichsversicherungsamt“ hält Abg. Dr. Huegenberg (Zentr.) die Vorwürfe gegen gewisse Kölner Kassenärzte aufrecht und behauptet die ehrenhaften Kollegen unvollständig, als die Vorstände ihnen ehrenvolllich versprochen hätten, moralisch minderwertige Elemente nicht anzustellen.

Abg. Wollensbuehr (Soz.): Ich hätte erwartet, daß der Vordredner die Förderung der freien Arztwahl auch für die Berufsvereinigungen aufgestellt hätte, aber gegenüber den Herren Kommissionsmitgliedern haben die Ärzte nicht den Mut dazu. Und gerade bei uns das System der Vertrauensärzte am verwerflichsten. Gerade bei uns das Unfallversicherungsrecht, der einen erhöhten Versicherungsfonds vorschreibt, sind die Unternehmer Sturm gelassen. Wenn die 71 Millionen Mark Rente, die im Jahre 1902 gezahlt wurden, durch Kapital gedeckt sein sollten, müßten die Berufsvereinigungen einen Reichtum von 570 Millionen haben; statt dessen verfügen sie nur über 102,000,000. Der Kredit, den die Zukunft der Gegenwart damit gewährt kann ruhig gekündigt werden. Man kann dieses Risiko von 400,000,000 nicht den neu begründeten Gesellschaften aufbürden. Auch für die Vereinigung der drei Versicherungsvereine, die dringend notwendig ist, ist der Umstand, daß die Unfallversicherung nur Krüppel und Waisen mitbringt, die ernährt werden müssen, ein schweres Hindernis. Die Liebhaber-Vereine, die das Kapitalbedarfsverfahren hat, erhebt bei der doppelten Zahl der Unfälle eine nur ungewissenmaßen größere Rente als die andern gewerblichen Berufsvereinigungen. Wenn die Beitragsfähigkeit angenommen hätte, so müßte nicht nur die Zahl der Vollerrenten, sondern auch die der Teilerrenten abnehmen, aber heute geben viele Berufsvereinigungen die Vollerrente überhaupt nicht mehr. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung muß viel mehr geschehen, denn keine Rente kann die verlorene Gesundheit, den verlorenen Erwerb ersetzen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Noch viel schlechter als die gewerblichen sind die landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen für die Unfallversicherung. In Preußen und den andern großen Bundesstaaten ist nicht ein Ueberwachungsbeamter dafür vorhanden. (Sehr richtig! bei den Soz.) Gerade hier zeigt es sich, wie es mit der gestiegenen Produktivität unserer Agrarwirtschaft geht. Der Bauer hat sich seiner Zeit im Landesökonomikollegium energisch für die Notwendigkeit von Unfallversicherungsmaßnahmen im landwirtschaftlichen Maschinenbetrieb ausgesprochen. Ihm lagen damals die Unfallkosten von 1889 vor mit 19,642 Unfällen in landwirtschaftlichen Betrieben; 1902 war aber diese Zahl auf 122,592 angewachsen. Sie hatte sich also mehr als verdreifacht. (Recht. Zeitschrift, hört! bei den Soz.) Die Zahl der schweren Unfälle in der Landwirtschaft ist in derselben Zeit von 6689 auf 57,069 gewachsen und die Zahl der Toten hat sich verdoppelt. (Recht. Zeitschrift, hört! bei den Soz.) So befehlen Sie (nach rechts) den Wunsch des Kaisers. Sie treten in offene Rebellion gegen seine Ansicht, wenn Sie Ihnen unbequem ist, Sie klammern sich den Teufel darum. (Recht. Zeitschrift Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Es muß endlich für Unfallversicherungsvorschriften für die Landwirtschaft gesorgt werden. In den letzten Jahren sind in der Landwirtschaft 17,266 schwere Unfälle weiblicher Arbeiter vorgekommen, in der Industrie nur 2046. Allerdings beschäftigt die Landwirtschaft mehr weibliche Arbeiter als die Industrie. Es kommt aber in der Landwirtschaft auf je 188 weibliche Arbeiter ein Unglücksfall, in der Industrie erst auf je 458 weibliche Arbeiter. Derselben Erscheinungen zeigen sich in den städtischen Betrieben der Land- und Forstwirtschaft. Der Fiskus macht den Kampf gegen Koalitionsrecht und Unfallversicherungsgesetz mit. Deshalb muß das Reichsversicherungsamt so bald wie möglich den § 120 des Unfallversicherungsgesetzes

widrigt und verhaftet. Papiere, die bei ihm vorgefunden wurden, geben Hoffnung, auch seiner sauberen „Geschäftsfreunde“ habhaft zu werden.

Eine Gasexplosion hat Donnerstag früh in Göttingen das Haus des Rentmeisters Maxen teilweise zerstört. Sechs Nachbarn wurden beschädigt. Ein Dienstmädchen wurde schwer verletzt und starb.

Mord an einem Feuerwerksfabrikanten. In Danzig wurde dieser Tage der Marine-Feuerwerks-Oberleutnant Hammermeister tot aufgefunden. Man nahm anfanglich an, daß der Offizier Selbstmord begangen hätte; jetzt hat jedoch die Leichenöffnung ergeben, daß nicht Selbstmord, sondern Mord vorliegt. In der Leiche wurden drei Schusswunden und 15 Stichverletzungen durch einen Säbel festgestellt. Der Mordverdacht ist im Buche, der Matrose Kleschke von der 1. Matrosen-Division; er ist verhaftet worden. Der Mann hat eine Schellwunde an der linken Hand.

4800 Mark Telegrammgebühren. Am Mittwoch wurde von Berlin aus ein Telegramm nach Tokio aufgegeben, dessen Höchstsumme, nach der Berl. Ztg., 4800 Mark betragen. Es ist das höchste Summe, die jemals an einem Berliner Telegrammenamt für eine Depesche bezahlt worden ist. In der Tat: Zum Kriegsführen gehört Geld!

Von einem effizienten Schüler hinterläßt durch Messerstiche verwundet wurde der in der 186. Berliner Gemeindefolge tätige Lehrer Alexander Reiser. Das Motiv der Tat ist unbekannt. Der Knabe hatte sich von dem Lehrer während des Unterrichts gelehrt.

„Richter Lynch“ hat schon wieder in den Vereinigten Staaten eine Krücke hervorgebracht. In Vollziehung eines Urteils wurden nämlich in Dobbinsville (Mississippi) zwei farbige Frauen nach Fran, die beschuldigt waren, einen jungen Weissen ermordet zu haben, lebendig verbrannt. Die beiden Reges wurden von ihrem Verfolger in einem Stumpfe überfallen, in den sie sich geflüchtet hatten, und im Schiffe übermüht. Sie wurden dann aus Verlangen der Präsidentschaft des Ermordeten an den Schauplatz des Verbrechens geführt, da die Angehörigen meinten, nur am Schauplatz der Tat könne durch Verurteilung der beiden Gefangenen volle Sühne gefunden werden. Auf dem Plage wurde ein Pfahl errichtet, an dem man die angeklagten Mörder festband. Ringsherum stand eine große Menschenmenge, um dem Vollzug des Urteils beizuwohnen, das „ordnungsgemäß“ vollzogen wurde. Unter den Anwesenden befanden sich auch mehrere Reges, die jedoch unbehelligt blieben. Die Verbrennung fand in der Nähe der Reges statt.

Der Rhein ist im Steigen begriffen. Seit gestern ist der Pegel in Köln um 68 Zentimeter, von 3,60 Meter auf 4,28 Meter gestiegen. Die Nebenflüsse des Rheins, namentlich die Mosel, sind ebenfalls schnell. Von der Gans wird voraussichtlich noch ein großer Anmeldebet.



ausgiebig anzuwenden durch Erlass zweifacher Unfallverhütungsvorschriften für die Landwirtschaft und durch Ueberwachung der Betriebe. (Weißl. b. d. Soz.)

**Hr. Schmidt-Eberfeld** (fr. Sp.) verteidigt das Kapitalvertrauen gegen die demagogische Kritik durch die Berufsvereinigungen und den Berufsmoralitätskodex in Bremen. Dieses Vertrauen gebe die einzige Sicherheit für den Mittelstand und das Kleinvermögen gegen falsche Belastung.

**Hr. v. Werlich** (fr. Sp.) bringt einen Fall zur Sprache, in dem die Eisenbahnverwaltung Berlin einem Rangierer, dem beide Beine abgehauen waren, die Pflastersteine verlagert wurde, weil er, abgesehen von den Folgen des Unfalls, dem gesund sei (bei Unfall) und weil demnach völlige Sicherheit in dem Gebrauch seiner Glieder nicht erreicht würde. (Hört! hört!) Dieser Bescheid läßt sich nicht auf 2½ Millionen des Reichsversicherungsamtes, das entgegen dem klaren Wortlaut des Gesetzes die Pflastersteine in beiden Rollen verlagert hat.

**Hr. Trumborn** (fr. Sp.) schließt sich der Kritik des Vorredners an und wünscht, daß das Reichsversicherungsamt dahin wirken möge, daß alle Berufsvereinigungen, Berufs- und Berufsmoralitätskodex für alle Branchen einrichten. Drei Berufsvereinigungen sollten auch Vorschläge über die allgemeine Berufsmoralität halten lassen.

**Hr. Köster** (Soz.): Die Regierung und die bürgerlichen Parteien weisen bei jeder Gelegenheit die Versicherungsangelegenheit als eine vollkommenere Veranbarung der Arbeiter. Aber gerade die Regierung und die bürgerlichen Parteien haben bei dieser (Versicherung) die Rechnung gefunden: die Regierung, indem sie tausende von Millionenwärteln unterbrachte und die bürgerlichen Gesellschaft, indem sie für ihre Mitglieder neue, gut dotierte Stellen schuf. (Großer Applaus.) Selbst der frühere Präsident des Reichsversicherungsamtes hat erklärt, daß die Arbeiter eigentlich das Risiko der ganzen Versicherung tragen. Trotz der schönen Anstellung des Reichsversicherungsamtes in Charlottenburg haben die Unfälle wieder ganz bedeutend zugenommen und nur die Todesfälle sind zurückgegangen.

Im einzelnen führt besonders die Praxis der sogenannten „Gewalttät“ zu Schaden. Den Arbeitern wird die Menge ganz oder teilweise wieder entzogen, auch wenn die verbliebenen Arbeiter noch keineswegs wieder vollkommen leistungsfähig geworden sind. Früher fand das Reichsversicherungsamt auf dem Standpunkt, daß solche Verluste in allen Fällen als mindere Verluste an dem Arbeitsmarkt anzusehen seien. Unfälle auf dem Wege zur Arbeit werden selbst dann nicht entschädigt, wenn der Weg zur Arbeit legalt wird, ebensowenig nicht während der Frühstücks- und Mittagspause. Viele Beurlaubungen, die nach längerer Arbeit in einem Betriebe auftreten, müssen als Vernachlässigung betrachtet werden. Das verlangen auch Autoritäten wie Professor Weiser. Das Recht der Arbeiter, im Entschädigen vor dem Richter zu bestehen, ist durch die Beschränkung der Berufsgenossenschaften kein Entschädigen ausstellen und ihre Pflicht veranlassen. (Zehr richtig! bei den Sozialisten. Das ist richtig.) Wenn aber ein Arzt wirklich ein Gutachten ausstellt, so erhalten die Berufsgenossenschaften eine wilde Hege gegen ihn. Man verschont jeden die Richter nicht. Die Urteile werden sehr verzögert; über einen Unfall vom August 1902 habe ich heute noch Vorbericht erhalten. (Hört, hört! bei den Soz.) In vielen Fällen erklären die Berufsgenossenschaften, wenn das Schiedsgericht sein Urteil gefällt hat, es sei eine wesentliche Veränderung eingetreten. Dadurch wird der Beschädigte hinausgeschoben. Das ist eine große Missetatung des Schiedsgerichts. (Zehr richtig! links), die öffentlich gebrandmarkt werden muß. Beim Schiedsgericht selbst werden oft 20-30 Fälle innerhalb 2 Stunden erledigt. In 7 Minuten werden die Fälle abgehandelt, wo es sich um Sein oder Nichtsein ganzer Familien handelt. Das kann das Vertrauen der Arbeiter zur sozialen Gesetzgebung nicht erhöhen. (Zehr richtig! b. d. Soz.) Die Urteile werden zur Vertiefung ihrer Ansprüche nicht zugelassen. Dabei sie einmal einen Vertreter mit, so wird dieser gewöhnlich abgewiesen, weil er die Sache geschäftsmäßig betreibt; der Vertreter der Berufsgenossenschaften aber wird jederzeit anstandslos zum Reden zugelassen. Durch diese Praxis wird eine einseitige Rechtsprechung zu Ungunsten der Arbeiter herbeigeführt. Man sagt, der Richter habe genügend sozialpolitisches Empfinden. Als ich vor dem Reichsversicherungsamt in einer Hinterbliebenenfache die Richter zum Schluss hat, dem Hinterbliebenen den Segen des Gesetzes zuteil werden zu lassen, sagte einer der Richter beim Herausgehen: „Seien des Gesetzes ist gut!“ Seit der Zeit glaube ich nicht mehr recht an die sozialpolitische Gesinnung der Richter. Ähnlich liegt die Sache bei der Invalidenversicherung. Die erfahren die Arbeiter nach Tage und Tag, daß für sie überhaupt nicht geteilt ist. Die Rente wird dann verweigert, trotzdem die Arbeiter vollkommen arbeitslos sind, da die Invalidenlisten nicht in den Händen der Arbeitgeber befinden. Ebenso belohnen die Richter oft die Akteure nicht, weil nicht geteilt ist. Wie zeigen durch die Schaffung der Landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen liegen jetzt dem Reichsversicherungsamt vor. Zunächst sind die Unfälle bei landwirtschaftlichen Maschinen in diesen Versicherungs-Vorschriften berücksichtigt worden, auch arbeitet eine ständige Kommission auch an einem weitergehenden Entwurf. — Herr Spahn erwidert ich, daß die Landes-Berufsgenossenschaft an protestantische Anstalten 7½ Millionen, an katholische 5 Millionen Mark Darlehen hergegeben haben. Ueber die Liquidation des Reichs-Berufsgenossenschafts kann kein Urteil abgegeben, da ich die Akten der einzelnen Fälle nicht kenne. — Das Reichs-Berufsgenossenschaftsamt ist durch das riesige Anwachsen der Refuse fast überlastet. Daher müssen möglichst viel Fälle in einer Sitzung erledigt werden, was das Material aufzuarbeiten. Eine Vereinfachung des Verfahrens wird hoffentlich mit der Zeit zu erreichen sein.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Freitag 1 Uhr.

Schluss 7 Uhr.

### Im Abgeordnetenhaus

wurde am Donnerstag endlich der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung erledigt. Die am Mittwoch schon beinahe stündliche Debatte über das Hochwassergesetz von 1900 und die Schädigung, die den Abhängigen der Gebirgsflüsse daraus erwachsen, wurde noch eine Weile fortgesetzt.

Dem Etat der Schatzverwaltung unterhielt man sich in gewohnter Weise lang und breit über die Förderung der Landwirtschaft. Lebhaftes Interesse erweckte aber eine Rede des Abgeordneten Kopisch, in der er auf die schon im vorigen Jahr anschießend behandelte Frage der Erwerbsverhältnisse an den Gutsbesitzern zu sprechen kam. Herr Kopisch führte von neuem über das Regiment des Landbesitzers v. Dattig, wies auf der Hand zahlreicher Einzelfälle nach, daß diese ständige Behauptung von Lehren und Lehren aus dem Prozess Ried-Deitinger, die dem Herrn Landbesitzer misslungen waren, immer noch nicht aufgehört hat. Er verlangte ferner, daß dem Hofrat des Reichsversicherungsamtes auf Veranlassung der Gutsbesitzer in öffentlichen Volksschulen immer noch nicht Halt gegeben worden sei. Der Minister mahnte zum Frieden. Er wies auf Herrn Kopisch hin, daß dieser die Dinge in Tatsachen nicht sehen konnte, sondern durch die Aufregung der Angelegenheit immer von neuem aufgewirrt sei. In der Sache aber versprach er noch, den von Herrn Kopisch ausgesprochenen Wünschen Rechnung zu

tragen. Er will alles versuchen, um den Frieden wieder herzustellen, will die Schulanstalt über die Lehrer und alles, was mit der Schulbildung zusammenhängt, der Schulabteilung bei der Regierung in Hamburg übertragen, auch in die Vorkassen der bei den Gutsbesitzern neu anzuwendenden Lehrer hineinschreiben, daß er sich das Recht vorbehält, die Volksschulen lehrerlos in öffentliche Volksschulen überzuführen. Weiterhöflichweise hat sich nämlich ein Teil der Lehrer an den Gutsbesitzern dieser Umwandlung widersetzt und der Minister meinte, gegen ihren Willen könnten diese Lehrer nicht in andere Verhältnisse gezwungen werden.

### Das Herrenhaus

tagte am Donnerstag wieder einmal und wird Freitag noch eine Sitzung abhalten, um dann wieder längere Zeit zu pausieren. Erledigt wurden mehrere kleinere Vorlagen, die meisten ohne jede Diskussion. Bei dem Gesetzesentwurf, der eine einheitliche Regelung der Wechselprotesten für Preußen bezweckt, hielt der berühmte Rechtslehrer an der Berliner Universität, Professor Trumborn, eine Rede wegen der mittelalterlichen, rechtswidrigen Institution des heutigen Wechselprotest-Verfahrens. Das war das einzige Vorkommnis.

### Partei-Angelegenheiten.

**Am Grab Emil Rosenow.** Tausende von Arbeitern und Arbeiterinnen pilgerten Mittwoch Nachmittag nach dem Schöneberger Friedhof, um dem verbliebenen Proletariatsobmann, dem dahingegangenen „Anführer für das Recht des Volkes, die letzte Ehre zu erwirken. Kopf an Kopf gedrängt füllte die Menge der Leidtragenden die Wege des Friedhofes vom Eingang bis zur Gruft, in ersten Schwingen des Augenblicks wartend, wo der Leiber zu früh aus ihrer Mitte geistliche Vorkämpfer zur letzten Ruhe bestattet werden sollte. Um ihrem Vertreter im Reichstage einen letzten Abschied zu geben, die Gruft nachzusehen, waren mehrere Deputationen aus dem 20. sächsischen Reichstagswahlkreis erschienen. Einen Namenkundigen wie der 20. sächsische Wahlkreis überbrachte eine Deputation der „Partei Stimme“ in Chemnitz ihrem langjährigen Redakteur und Mitarbeiter. Aber auch andere sächsische Wahlkreise, der 15., der 16., der 17., ferner Dresden, Leipzig, Stadt und Land, sowie das Nominationskomitee in Chemnitz hatten Vertreter und Kranzgebenden gesandt. Die Parteigenossen von Götting, der Parteistadt des Verstorbenen, waren gleichfalls vertreten. Weiter hatten der Parteivorstand, die Reichstags-Fraktion, die Redaktion des „Vorwärts“ Vertreter und Kranzgebende entsandt. Die große Mehrzahl der sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten war erschienen. Groß war die Zahl der Abgesandten, durch welche die organisierten Arbeiter von Berlin und der Umgebung am Grab des dahingegangenen Parteigenossen vertreten liefen.

Am Grabe ließ ein Gelangverein seine stimmungsvollen Weisen erklingen und als der Song hinabgeklungen war in die Gruft, nahm General Pfanck das Wort. In warm empfundenen, zu Herzen gehender Rede gedachte er des Verstorbenen, dessen Hingehen nicht nur die Angehörigen, sondern das gesamte Proletariat Deutschlands betrauert; er gedachte des Kampfes, der inmitten eines arbeits- und talentreichen Lebens, in der Mitte der Jahre, und zu einer Zeit, wo durch sein dichterisches Talent seiner Familie ein etwas besseres Dasein hätte bereiten können, durch den vorzeitlichen Tod dahingerafft worden ist, dessen Andenken aber fortlebt in den Tausenden von Proletariatskämpfern, denen er ein Führer war im Kampf für die Rechte der Unterdrückten.

Die Worte des Redners fanden Widerhall in den Herzen der Männer und Frauen, die in unübersehbarer Menge, ernst und schmerzend, die letzte Ruhestatt des so früh verstorbenen Genossen umstanden.

Wieder erkundete das ergreifende Proletariat: „Ein Sohn des Volkes weilt er sein und bleiben“. Dann stimmten sich an der offenen Gruft ganze Berge von Kranzen und Blumen auf, in letztes höchstes Zeichen der Verehrung und Anerkennung, welche sich Emil Rosenow durch sein erfolgreiches Wirken für die Interessen des Proletariats erworben hat.

Zeit worden die aus dankbaren Proletariatskämpfern herangebrachten Blumenspenden durch die Stürme des Winters verweht und vernichtet sein. Unverwundlich und unanfällig aber lebt das Andenken des Verstorbenen fort bei denen, für die unser unvergesslicher Emil Rosenow lebte und kämpfte!

### Arbeiterbewegung.

**Crimmischau bleibt Crimmischau!** Nach Aufhebung des kleinen Belagerungszustandes verbot der Stadtrat sämtliche Versammlungen, in denen nach Maßgabe der Beschlüsse der Arbeitervereinigungen auf Grund der gesetzlichen Normbestimmung polizeilich kontrolliert und beschränkt werden. Das Verbot hat große Erbitterung hervorgerufen. Eine gestrige Tertiarbeiterversammlung verlief infolgedessen sehr erregt.

**Großer Streik in Probo in Rußland.** Schon seit einem Monat dauert hier ein großer Streik von 2000 Arbeitern und Arbeiterinnen der Zigarettenfabrik Scherschewsky u. Co. Beide beteiligten Seiten halten fest an ihren Forderungen, keine will nachgeben. Der Unternehmer hat als Bedingung die Ausscherrung aller „verdrängten“ Arbeiter gestellt; sein Gegen, ein ausländischer Arbeiter, hält vor den Arbeitern Reden, die gegen die Sozialdemokratie gerichtet sind. Die Fabrikanten suchen mit allen möglichen Mitteln die Bewegung zu kompromittieren. Sie bemühen sich, die Arbeiter zu Gewalttaten aufzuheizen. Vor einigen Tagen wurde ein Fabrikant namens Koffol von einigen Leuten auf der Straße überfallen und schwer verletzt; eine Anzahl von verdrängten Fabrikarbeitern brach in die Wohnung eines hiesigen Millionärs ein, bedrohte ihn mit Revolvern und verlangte Geld im Namen der Streikenden. Das Komitee der Partei hat ein Flugblatt verbreitet, in dem es die Niederträchtigkeit der Unternehmer brandmarkt und die Arbeiter auffordert, bis zu den letzten Kräften zu kämpfen. Täglich finden große Versammlungen der Streikenden statt; unter ihnen herrscht die beste Stimmung. Die Not ist aber sehr groß; zum Siege gehört noch viel Geld.

**Gewerkschaftsprozess in England.** Die Gewerkschaft der Bergleute von Northire wurden der Veranschönerung und des Vertragsbruches schuldig befunden. Die Festsetzung des Schadenersatzes wird später erfolgen. Die Kläger beanspruchen 3 Millionen Mark.

### Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 12. Februar 1904.

**\* Keine Majestätsbeleidigung!** Der seltene Fall, daß ein Soldat wegen Majestätsbeleidigung vor dem Militärgericht angeklagt ist, beschuldigt am Donnerstag das Breslauer Kriegsgericht. Beschuldigt war wegen dieses Vergehens der Kanonier Karl Jordan vom hiesigen Artillerie-Regiment. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Angeklagte wird freigesprochen, das Kriegsgericht habe eine Majestätsbeleidigung nicht gefunden. Am 12. Januar bei Anwesenheit des Kaisers in Breslau äußerte der Kanonier auf der Straßenbahnfahrt im Gespräch zu einem Kameraden: Ich dachte, Du würdest heute . . . (Hier folgte eine Wendung, die dem Angepropheten ein Attentat auf die Selma Schnaps antage.) Das Gericht sah in den Worten des ungel-

bildeten Angeklagten nur eine dumme, unpassende, unüberlegte Aeußerung, die gegen die Disziplin verstohe und von dem Disziplinavorgesehen zu ahnden sei. — Das Urteil zeigt eine Auffassung, die auch wir durchaus billigen können. Leider findet man derartige billige Beurteilung bei deutschen Gerichten nicht oft und gerade der Majestätsbeleidigungsparagraph hat ja außerweltlich zu den staunenswerthen Urteilen geführt.

### \* Ein Hüter der öffentlichen Ordnung in Oberschlesien

Vor dem Breslauer Kriegsgericht stand am Donnerstag der Gendarm Wilhelm Jakob aus Kungenbors bei Zabrze, jetzt nach Pleß versetzt, wegen Trunkenheit im Dienst, Mißhandlung eines Zivilisten in Ausübung des Dienstes und fahrlässigen Entweichens eines Gefangenen. Wegen dieser Vergehen beantragte der Vertreter der Anklage vier Wochen gelinder Arrest. Er führte aus, die Verhandlung habe ein recht betrübendes Bild ergeben. Von einem Gendarmen habe er seine Stellung als Hüter der öffentlichen Ordnung in größlicher Weise mißbraucht und seine Autorität erheblich auf Spiel gesetzt. Am 8. Nacht patrouille unternommen, auf der er einen Ochsenknecht mit sich nahm. Er weckte ohne Grund einen in einem Hof schlafenden Zivilisten, verhaftete ihn und schlug ihm Ohrfeigen, worauf der „Arretierte“ fortlief. Das Kriegsgericht erkannte auf vier Wochen gelinder Arrest.

**\* „Arbeitswillige“ Vogelsteller.** Die Maurer Rudolf und Eduard Kühn, auf deren Aussagen hin der Maurer Maxhate zu 1½ Jahren neben ihrem Handwerk das Geschloß der Vogelstellerei. In einem Restaurationslokale, wo Kühn'sche Vögel eingekauft waren, wurden die Maurer Buschmann, Wiegand und der Verbandsbeamte Köster auf das Treiben der beiden Brüder aufmerksam gemacht. Am 9. Dezember die Vogelstellerei auf freierem Fuß abgefaßt. Der Besatzung v. T. pilgerten sie durch den Scheinwerfer des Oberbaumturm und erkundigten sich bei dem Führer der Ueberführung nach der Strafkarte zu habe wandern sehen. Der Führer behauptete die an ihn gerichtete Frage, und bei Wiegand wurde die Suchenden auch der Gebrüder Kühn anständig. Einer von diesen fand nun auch sofort auf Wiegand zu, fragte, ob die Aufkündigung auch „auf Weisen“ wollten, und bemerkte, daß es noch nicht gut gebe, da noch zu wenig Schnee liege. Der Befragte erwiderte, daß er zu diesem Geschäft zu dumm sei. In diesem Augenblicke rief Wiegand, der weiter gegangen war, seinen Genossen: „Ach, jetzt doch, hier steht ja ein Vogelhauer.“ Als alle drei diesen Antrag beifügten, riefen ihnen die beiden Kühn zu: „Nur abgeben lassen, sonst gibts noch ein Ding wegen Diebstahl!“ Köster und seine Begleiter begaben sich nun sofort nach der Stadt und erstatteten auf dem Polizeikommissariat Anzeige gegen Gebrüder Kühn. Eine Stunde später erschienen auch die Brüder neben auf demselben Kommissariat und zeigten an, daß Köster neben zwei Begleitern in der Strafkarte der Vogelstellerei nachgegangen seien. (1.) Diese Anschuldigung mühte jedoch den beiden Gebrüder Kühn nichts, sondern sie hatten sich wegen ihres Vergehens am Donnerstag vor dem Schöffengericht zu verantworten. Beide sind 8 bezw. 12 Mal vorbestraft, unter anderem auch wegen gemeinschaftlichen verbotenen Vorfahren. In der Verhandlung bestritten beide, auf Vogelfang ausgegangen zu sein und beschuldigten die drei Zeugen, daß gerade diese die Finger seien und das Gebauer mitgebracht hätten, um sie (die beiden Kühn) hineinzulegen. Natürlich hatten sie mit dieser unverschämten Anschuldigung kein Glück. Recht interessant waren die Ausführungen des Staatsanwalts, der die Handlungsweise der beiden Angeklagten als recht verwerflich bezeichnete, da sie versuchten, die Angelegenheit auf das sozialpolitische Gebiet hinüberzuspülen und wagten, drei Männer, denen nichts vorzuzwerfen sei, zu beschuldigen. Dieser Unfluth, sowie die Vorstrafen der beiden Angeklagten fielen bei der Strafzumessung besonders ins Gewicht. Ihre Verteidigung belaste sie selbst. Der Staatsanwalt beantragte 30 Mk. Geldstrafe oder 10 Tage Haft auf Grund des Vorkaufsgesetzes, sowie des Reichsgesetzes zum Schutze der Vögel. Das Schöffengericht erkannte dem Antrage gemäß. Um die Glaubwürdigkeit des Zeugen Köster zu erschüttern, behauptete Rudolf Kühn, daß Köster das ganze Jahr zu nichts weiter tue (1), als die Maurer freizulassen zu schüren und auf dem Verbandsjahrestag 1890 Mk. erhalte.

Die vom Staatsanwalt in dieser Verhandlung so treffend gekennzeichneten Gebrüder Kühn waren die „glaubwürdigsten“ Belastungszeugen im Prozess Maxhate, denen gegenüber 6 anderen Mannern nichts geglaubt wurde, und sie werden wieder „glaubwürdige“ Menschen sein, wenn sie im Prozess Neumann auftreten, der mit Maxhate zusammen die „terroristische“ haben soll.

\* **Wachte** wurden seit dem 9. d. M. der 12. Jahre alte Knabe Paul Geier, welcher bei einem Schiffsbauer Vialenstr. 24 gewohnt hat. Er ist mit dunkler Mütze, neuer dunkler Toppe, schwarzen Strümpfen und Schuhschuhern bekleidet.

\* **Gefohlen** wurden einem Tischlergesellen am 9. d. M. aus einem Hause auf der Salzstraße ein Fahrrad, einer Pommerener vor einem Schaufenster auf der Schmiebedrücke ein Portemonnaie, welches 20 Mark und eine Radfahrkarte Heisevis-Breslau enthält, und ferner eine goldene Damenuhr (Nr. 21016) nebst goldener Kette.

### Versammlungen und Vereine.

**Breslau-Land-Markmarkt.** Sonntag, den 14. Februar, cr.

Nachmittags 3 Uhr: Versammlung im Zimmer 2 des „Gewerkschaftshauses“, Breslau, Margarethenstraße 17. Tagesordnung: 1. Die Aufhebung der Gemeindevorsteher. Referent: Stadtv. D. Star Schütz-Breslau. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Vertrauensmannes. 4. Verschiedenes. Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein. Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht Der Einberufer.

**Ohlan.** Öffentliche Volks-Versammlung am Montag, den 15. Februar, Abends 8 Uhr im Gasthaus „am grünen Baum“ in Baumgarten. Tagesordnung: 1. Gewerbevereinswahl; 2. Aufstellung der Beiratsmitglieder; 3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Einberufer.

**Striegau.** Steinarbeiter-Versammlung. Sonntag, den 14. d. Mts. Nachmittags 3 Uhr: Steinarbeiter-Versammlung in der „Bierquelle“ in Gräben. Zahlreiches Erscheinen ist Pflicht. Der Vorstand.

**Striegau.** Arbeiter-Radsport-Verein für Siedlich und Striegau. Sonntag, den 14. Februar cr., Nachmittags 3 Uhr: Versammlung bei Genossen Robert Jakob in Siedlich. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

**Neustadt O/S.** Wahlverein. Sonntag, den 14. Februar, Nachmittags 4 Uhr: Mitglieber-Versammlung. Zu recht zahlreichem Erscheinen werden die Parteigenossen eingeladen.